

Eübender Volksbote

Organ für die Interessen der werttätigen Bevölkerung

Der „Eübender Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechspaltige Zeile oder deren Raum 30 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 20 Pfg., auswärtige Anzeigen 35 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 207.

Dienstag, den 4. September 1917.

24. Jahrg.

Reichstagsauflösung?

Unter dieser Überschrift schreibt Genosse Eduard Dabid im „Vorwärts“:

Seit einigen Tagen erschallt aus dem alldeutsch-konjunktiv-agrarisch-schwerindustriellen Blätterwald ein lautes Geschrei nach Auflösung des Reichstags. Es handelt sich dabei offensichtlich um eine gemeinsam verabredete Parole. Wer die Einflusssphäre und die Strategie der annexionistischen Presse kennt, wird nicht glauben, daß es sich hier um ein zufälliges leeres Gelärm handle.

Die Verhandlungen des Hauptausschusses haben eine Hoffnung zerstört, der man sich nach dem Auseinandergehen des Reichstages am 20. Juli in gewissen Kreisen offenbar hingeeben hatte. Man hatte glaubt, die Mehrheitsbildung sei nur das Produkt einer durch die Kriegskreditvorlage geschaffenen parlamentarischen Zwangslage gewesen. Man erwartete den alsbaldigen Zerfall des Friedensbündnis und war bestrebt, dem nachzuhelfen durch Diskreditierung der „Unterwürfigkeitsentschließung“ im ganzen Lande. Die erste Sitzung des Hauptausschusses zeigte den klugen Herren, daß sie sich gründlich verrechnet hatten. Das Trommelfeuer der alldeutschen Beschimpfungen und Giftbomben hatte die Mehrheit nicht ins Wanken gebracht. Sie stand fester und härter auf dem Plane als zuvor und ließ keinen Zweifel darüber aufkommen, daß sie entschlossen sei, kein Abweichen von der Richtschnur ihrer Friedensresolution zuzulassen.

Der Reichstag hat die verfassungsrechtlichen Machtmittel in der Hand, seinen Willen durchzusetzen. Gegen das Veto einer geschlossenen Mehrheit der Volksvertretung kann im Deutschen Reich verfassungsgemäß nicht registriert werden. Daran ist nicht zu zweifeln. Da aber selbst die stärksten Männer im alldeutschen Lager zurzeit sich nicht getrauen, der Reichsleitung Staatsstreik und Verfassungsbrech zu empfehlen, so bleibt ihnen nur der Weg des Appells an die Wähler, die Reichstagsauflösung.

Versuchten die annexionistischen Treiber vorher glauben zu machen, hinter der „sogenannten Mehrheit“ des Reichstages stehe gar keine feste Mehrheit im Parlament, so rufen sie jetzt im wohlbedirrigten Chor, hinter der Reichstagsmehrheit stehe gar nicht die Mehrheit des Volkes. Sie haben die Kühnheit zu behaupten, das deutsche Volk schwärme für ihre Gewaltziele nach außen und beuge sich demütig ihren reaktionären Wünschen im Innern. Wer die wirklichen Verhältnisse in den breiten Massen unseres Volkes kennt, lacht über diesen Schwindel.

Allein wir haben ein Regierungssystem, das jeden unmittelbaren Kontakt der leitenden Männer mit den Volksmassen vermeidet. Ohne politisches Vertrauensverhältnis zwischen Regierten und Regierenden läßt dieses System die Herren oben ohne selbsterworbene Kenntnis von den Stimmungen in der Tiefe. So muß man mit der Möglichkeit rechnen, daß die Suggestionenbemühungen der annexionistischen Phantaspolitiker an den entscheidenden Stellen Erfolg haben.

Angesichts dieser Sachlage heißt es, bereit sein. An sich ist der Appell ans Volk vom demokratischen Standpunkt aus zu begrüßen. Es liegt darin die prinzipielle Anerkennung der ausschlaggebenden Macht der Volksmehrheit. Auf der Identität des Volkswillens und des Parlamentarismens beruht das dominierende Gewicht des letzteren bei allen Konflikten mit den anderen Faktoren der öffentlichen Macht. Wird sie von den letzteren ernstlich in Zweifel gestellt, so sind Neuwahlen geboten. Bestätigen sie die alte Mehrheit, dann ist der Streit, wie das Regierungschiff gelenkt werden soll, endgültig erledigt.

In dem vorliegenden Fall bedeutet die Auflösung des Reichstages, der verfassungsgemäß Neuwahlen binnen 60 Tagen zu folgen haben, die Volksabstimmung über den Verständigungsfrieden und die freiheitliche Neuordnung im Innern. Es ist selbstverständlich, daß bei diesem Charakter der Wahl die in normalen Fällen berechnete Taktik der Stimmzählung der Einzelparteien auszuhalten ist. Die Mehrheitsparteien werden gemeinsam auf dem Wahlplan aufzutreten haben, um den Beweis zu erbringen, daß die Mehrheit des Volkes in jenen beiden Schicksalsfragen der äußeren und inneren Politik hinter ihnen steht. Die klare Ausprägung der annexionistischen Schreier mit ihrer ganzen Gefolgschaft von alldeutschen Ideologen und Gewaltanbetern wie von großagrarischen und großindustriellen Kriegsgewinnlern muß alleiniges Ziel einer solchen Wahl sein. Dem gemeinschaftlichen Treiben dieser Herrschaften, das das Deutsche Reich und Volk ins Verderben zu reißen droht, muß durch ein überwältigendes Votum der Wähler ein Ende bereitet werden.

Daß gegen eine Reichstagsauflösung mit nachfolgendem heftigen inneren Kampfe mitten im Kriege schwere Bedenken geltend gemacht werden können, ist nicht zu verkennen. Allein das mögen die verantwortlichen, die in Zweifel ziehen, daß die Mehrheit des jetzigen Reichstages noch die Mehrheit der Wählerschaft repräsentiere. Will Herr Graf Krentzschmarck das Länglein wagen, die „sogenannte Mehrheit“

übrigens wird, wenn die Mehrheitsparteien geschlossen vorgehen, der Wahlkampf sehr vereinfacht. Nur in den Kreisen, wo annexionistische Kriegsverlängerer und Gegner der Neuorientierung sitzen, wird es ernsthafte Kämpfe geben. In den Kreisen, die von Mitgliedern der Mehrheit vertreten waren, werden die Minderheitskandidaten mit vereinten Kräften kurzerhand abgestochen. Stichwahlen wird es unter diesen Umständen kaum geben.

Aber die Feldgrauen? — Sie müssen selbstverständlich mitwählen. Das kann am einfachsten schriftlich geschehen. Die Ausschüsse der vereinigten Mehrheitsparteien in den einzelnen Wahlkreisen stellen die Adressen der im Feld befindlichen Wähler fest, kontrollieren die Wählerlisten und schicken ihren Anhängern außer den Wahllaufzettel einen Wahlzettel mit amtlichen Umschlag, der für diesen Fall zum Zulieben eingerichtet sein muß. Außerdem ist ein weiterer Umschlag mit der aufgedruckten Adresse des örtlichen Wahlkomitees beizufügen, auf dessen Rückseite der Wähler seinen Namen zu schreiben hat. In diesen zweiten Umschlag wird der erstere verschlossen dem Wahlbureau über-

sandt, das ihn unter Kontrolle und zu bestimmter Frist herausnehmen und in die Urnen zu werfen hat. Die für die schriftliche Stimmabgabe der im Felde befindlichen Wähler nötigen Bestimmungen können binnen weniger Tage von Bundesrat und Reichstag vereinbart werden.

Sorgen dann die Mehrheitsparteien gemeinsam dafür, daß es überall mit rechten Dingen zugeht, und daß namentlich die Feldgrauen draußen von Eingriffen in ihr höchstes Staatsbürgerrecht und einseitiger Beeinflussung geschützt werden, dann wird die Wahl zu einem vernünftigen Volksgeschehen über die Gegner des Friedens und der Freiheit im eigenen Lande. Das deutsche Volk ist stark genug, einer Welt von äußeren Feinden zu trotzen, und es sollte nicht fertig werden mit seinen inneren Feinden, mit der Clique herrschsüchtiger Interessenspolitiker, die es in Unmündigkeit halten und ihm das Selbstbestimmungsrecht in seinen höchsten Schicksalsfragen vorenthalten wollen! Es wird sie so gründlich niederreiten, daß sie das Aufstehen ver-

Riga genommen.

Wie der gestrige amtliche deutsche Abendbericht meldet, ist Riga genommen worden. Der schnelle Fall Rigas kommt ziemlich überraschend. Zwar wurde in voriger Woche gemeldet, daß die Russen ihre Stellungen westlich der Ua vor Riga geräumt hätten und gestern meldete der deutsche Heeresbericht, daß deutsche Truppen die Düna bei Uexküll überschritten hätten. Demnach konnte man annehmen, daß die Russen versuchen würden, das nach ihrer Meinung uneinnehmbare Riga gegen den feindlichen Ansturm zu halten. Das ist nicht geschehen und Riga ist genommen worden. Welcher Art die weiteren deutschen Operationen sein werden, muß die Zukunft lehren.

Ueber die Kämpfe am Sonntag an den verschiedenen Fronten wird noch gemeldet:

In Flandern hörten die englischen Teilangriffe der letzten Tage auf. Die britische Artillerie hat den Feuerkampf wieder aufgenommen. Ein neues Ringen der beiderseitigen Artillerien um die Feuerüberlegenheit hat eingesetzt. Besonders heftig war das Feuer, das sich zeitweise zum Zerstörungfeuer steigerte in der Gegend von Neuport und beiderseits der Bahn Boesinghe-Staden. Die Abwehrwirkung der deutschen Batterien war erfolgreich. Nordöstlich Boesinghe wurde ein großes Munitionslager getroffen, das mit weithin hörbarem Krachen explodierte. Die deutschen Flieger waren außerordentlich tätig. Calais und Dünkirchen wurden mit beobachtetem gutem Erfolge mit Bomben beworfen.

An der Aisnefront wurde den Franzosen der größte Teil Breite und 200 Meter Tiefe in die englischen Stellungen ein, wo sie zahlreiche Unterstände und Minenstollen sprengten und der Grabenbesatzung schwere Verluste zufügten. An der Straße Arras-Cambrai schüttelte nach kurzem Trommelfeuer ein englischer Angriff. Um 1 Uhr vormittags wurde nördlich der Malakoff-Batterie ein durch heftiges Minenfeuer vorbereiteter englischer Patrouillenvorstoß abgewiesen.

An der Aisnefront wurde den Franzosen der größte Teil ihres geringen Geländegewinnes ihres letzten Angriffes bei Hurtebise durch zähe, Tag und Nacht fortgesetzte Kleinkämpfe wieder entzogen. Die französische Verbundoffensive ist erlahmt. Das Artilleriefeuer war nur am Abend des 2. September östlich des Chateau-Baldes stärker.

Während die Generaloffensive der Entente im Westen bisher ohne jeden positiven Erfolg geblieben war, erbringt der gelungene deutsche Vorstoß im Osten den Beweis, daß sie nicht einmal das zweite hochbedeutende Ziel erreichte, die deutschen Streitkräfte zu binden und Rußland zu entlasten. Trotzdem die Russen seit längerer Zeit mit der deutschen Unternehmung in der Gegend von Riga rechneten, worauf auch die Zurücknahme ihrer Stellungen hinter der Ua deutet, und trotz der starken Besetzung des rechten Düna-Ufers gelang das schwierige Unternehmen des Ueberganges über den breiten Strom in vollem Umfang. In der Moldau setzten die Russen und Rumänen ihre vergeblichen und verlustreichen Gegenangriffe fort. Bei Grozesci und am Nordteil des D. Cosha scheiterte um Mitternacht ein starker Angriff. Dasselbe Schicksal erlitten die Russen und Rumänen im Berglande zwischen Sujita und Putna und bei Neracesti. Die Serail-D. Manas nahen ihren Fortgang mit einem wie-

derum ohne jeden Gewinn verlustreich abgeschlagenen verbissenen Angriff gegen Dobropolje. Auch die Franzosen erlitten eine schwere Niederlage. Trotz starkem Tag und Nacht ununterbrochen fortgesetzter Artilleriefeuer gegen die Höhenstellungen der Verbündeten westlich und nördlich Monastier wurden ihre Sturmwellen um 5 Uhr nachmittags bereits im Sperrfeuer abgewiesen.

Die Heeresberichte.

M. B. Berlin, 3. September, abends. (Amtlich.) Riga ist genommen.

Wien, 3. September. (Amtlich.)

Österreichischer Kriegsjahraplaß.

Nördlich von Joczari und südlich von Dena griffen die Russen und Rumänen abermals vergeblich an.

Italienischer Kriegsjahraplaß.

Auf dem Monte San Gabriele führten gestern vor Tagesanbruch Unternehmungen unserer Truppen zu lebhaften Kämpfen, die günstig verliefen. Nachmittags und abends scheiterten am Nordhang des Berges starke italienische Angriffe.

Auch östlich von Görz und bei Jamiano blieben Vorstöße des Feindes ergebnislos. Italienische Flieger bewarfen mehrere Orte der Istriischen Westküste mit Bomben. Ein gegen Triest vordringendes feindliches Luftschiffgeschwader wurde von unseren Seefliegern vor Erreichen seines Zieles vertrieben.

Balkan-Kriegsjahraplaß.

An der Bojusa wurden feindliche Erkundungsabteilungen zurückgewiesen.

Der russische Generalstab

teilt mit: Auf der Westfront gingen die Deutschen nach gewaltiger Artillerie-Vorbereitung über die Düna bei Uexküll, südöstlich von Riga. Sie besetzten Kupferhammer. Die deutschen Erfolge entwickelten sich in nördlicher Richtung. Wir unternahmen Gegenangriffe, jedoch ohne Ergebnisse.

Die Friedensaktion des Papstes.

Wie gestern bereits mitgeteilt, will der Papst weitere Friedensschritte unternehmen. Der „Messagero“ meldet: Die Regierungen der Entente halten weitere Vorschläge des Heiligen Stuhles auf ihre Antwort an den Papst für sicher. „Stafka“ schreibt, der bevorstehende neue Friedensschritt des Papstes strebe die unmittelbare Aussprache aller Kriegführenden an.

Und die „Daily News“ melden aus Washington: Dort höre man, daß der Papst in seiner nächsten Note die folgenden Gedanken entwickeln werde: Belgians Unabhängigkeit soll wiederhergestellt werden. Deutschland behält als Basis für seinen Handel Antwerpen. Bothringen erhält Autonomie, und Deutschland behält Elsass. Triest soll ein internationaler Freihafen werden. Die Lösung der Balkanfragen wird der Friedenskonferenz überlassen.

Wilson soll nach einer New Yorker Meldung seiner Note ein persönliches Handschreiben beigefügt haben, welches angeblich dem Papst ermöglicht, trotz der formellen Ablehnung durch den Präsidenten seine Bemühungen um den Frieden auf der Grundlage der Wilsonnote fortzusetzen. Wilson hat in dem Handschreiben seine Bereitwilligkeit ausgesprochen, weitere Vorschläge des Papstes entgegenzunehmen.

Es ist nur zu wünschen, daß die weiteren Friedensschritte des Papstes, insbesondere seine Bemühungen um eine unmittelbare Aussprache aller Kriegführenden, von Erfolg gekrönt sein mögen.

Von den Kriegsschauplätzen. Rußland.

Kornilow und Kerenski.

Der Vizepräsident des Ministerrats, Kerenski, gab den Chefredakteuren der Petersburger Presse einige Erklärungen bezüglich der gegenseitigen Verbindungen zwischen der provisorischen Regierung und dem Generalkommando Kornilow ab. Kerenski erklärte dabei, daß die provisorische Regierung dem Generalkommando, der den tendenziösen politischen Intrigen fernstehe, absolutes Vertrauen entgegenbringe. Die Regierung bezweifle keineswegs Kornilows Unbefähigkeit an den politischen Kämpfen, und falls auch wirklich einige reaktionäre Kreise ihre Hoffnung auf Kornilow setzen, so bedauere dies nichts, weil der Chef der nationalen Verteidigung außerhalb der Politik stehen müsse. Ein Mißverständnis, das zwischen der Regierung und dem Generalkommando entstanden sei, beruhe keine Programmfragen, sondern eher die Disziplinfragen, die nun erledigt seien. Einige Bedingungen, die der Generalkommando aufgestellt habe, seien bereits erfüllt. Mit einem Worte, die Regierung habe allen Forderungen, die der Generalkommando mit schwerem Verantwortungsgefühl aufgestellt habe, größte Aufmerksamkeit geschenkt. Der Kriegeminister Sawinow werde demnächst mit dem Generalkommando konferieren und einen Bericht ausarbeiten, der der provisorischen Regierung vorgelegt werde. Die provisorische Regierung sei vollständig mit Kornilow im Einverständnis darüber, daß man, ohne neue Katastrophen abzuwarten, baldigst energische Maßnahmen zur Wiederherstellung der Kampffähigkeit der Armee treffen müsse. Die Regierung wolle bestmöglich alle Gerüchte zurück, daß Kornilow möglicherweise durch einen anderen ersetzt werde. Von dieser Frage sei niemals die Rede gewesen.

Kornilows Forderungen, der sich Kerenski bereits unterworfen hat resp. zweifellos unterwerfen wird, bewegen sich in reaktionärem Rahmen. So manches, was die Revolution gebracht hat, soll wieder beseitigt werden — so verlangt es Kornilow, der neue militärische Diktator Rußlands. Aus nachstehenden Meldungen ist ersichtlich, wohin der Kornilowische Kurs hinführt.

Der „Berliner Lokalanzeiger“ meldet aus Kopenhagen: Nach einem Petersburger Telegramm teilte Kornilow Kerenski mit, daß er, wenn die Regierung sich den Beschlüssen des Arbeiter- und Soldatenrates füge und die Todesstrafe an der Front abschaffe, die Verantwortung für die Folgen eines solchen Schrittes nicht übernehmen könnte und er alsbald vom Oberbefehl zurücktreten würde.

Der „Times“ wird aus Petersburg gemeldet, daß Kornilow die Regierung dringend aufforderte, sie möge sofort die von ihm vorgeschlagenen Reformen durchzuführen.

Die „Daily News“ berichten aus dem russischen Hauptquartier: Kornilow verhängte die Aufhebung aller Soldatenvereinigungen an der Front. Die begonnenen Renaudierungen für die russische Armee umfassen 869 000 Mann.

Das „Polit Journal“ berichtet aus Petersburg: Die bisherigen Privilegien des Soldaten- und Arbeiterrates wurden durch ein Dekret der provisorischen Regierung aufgehoben. Damit erlischt die Unverletzlichkeit der Delegierten. Auch ihre Mandate werden künftig wieder den allgemeinen Staatsgesetzen unterliegen.

Nach einem Telegramm der „New York Times“ sind die Sonderrechte der Don-Koßaken aufgehoben worden. Der Koßakenführer General Kalidin wurde gewöhnlicher Soldat. Verschiedene Blätter behaupten, daß sofort nach der Moskauer Konferenz eine lebhafte Auseinandersetzung zwischen Kalidin und Kerenski stattgefunden habe. Man erwartet, daß die Koßaken sich nicht ohne Widerstand den gegen sie vorgenommenen Maßregeln fügen werden.

Hiernach kann man zu einem kleinen Vorgehensmaß bekommen, wie es in nächster Zeit in Rußland aussehen wird. Die mit dem Blute russischer Proletarier erkämpfte Freiheit wird zum großen Teile wieder verschwinden und der Säbel und die Knute werden wieder herrschen.

Es ist erklärlich, daß sich der Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat nicht so stillschweigend abzurufen läßt. Wie die „Morning Post“ aus Petersburg meldet, forderte der Arbeiter- und Soldatenrat die Abberufung des Generalkommandos Kornilow. Ferner sagte er mit Zweidrittelmehrheit einen Beschlus auf Einstellung jeder Offiziersaktivität der russischen Armee. — Es ist nach der ganzen Sachlage anzunehmen, daß dieser Forderung entsprochen wird. Was dann? Wird es dann zu einem Ringen zwischen dem A. u. S. R. und der Regierung kommen? Und wie wird sein Ausgang sein?

Eine neue russische Regierung?

Der Petersburger Korrespondent des „Journal“ erzählt von wohlunterrichteter Seite, daß die Leitung Rußlands vor der Einberufung der konstituante einem Kabinett übertragen werden soll, das nur fünf Mitglieder zählen soll, darunter Kerenski, Hertzeff und Tschibis.

Der Petersburger Korrespondent der „Politiken“, der viele Nachrichten hat, sagt hinzu: Da man die ausgesprochen reaktionäre Haltung kennt, die Tschibis auf der Moskauer Konferenz einnahm, wo er Kornilow aus leidenschaftlicher Anhängerschaft in diese neue Regierungsform wohl geeignet, die französischen lebenden Militärkreise zu benutzigen. Wie der Korrespondent weiter meldet, sind die Gründe für die Etablierung Petersburgs keineswegs ausschließlich militärischer Natur, wie bisher angenommen wurde. Die Regierung beschloß, die Garnison Petersburgs bedenkend einzunehmen, damit auch die vielen marinen Truppen und auch diejenigen Soldaten aus Petersburg entfernt werden, die bei Ausbruch der Revolution von der Front in der Hauptstadt sich eingefunden und seitdem das öffentliche Leben maßlos gemacht haben.

Petersburg ohne Willkür.

In Petersburg liegt die ganze Willkür, die sich der Revolution der Diktatur der Polizei verrichtet, ihr Amt werden, weil sie eine gefährliche Gehäuseschöpfung veranlassen würde.

Der Kampf in England.

„Kosacko Schir“, das Blatt Gorkis, schreibt in seiner Nummer vom 18. Juli, daß die Arbeiter Petersburgs nach dem angekündigten Aufstand vom 16. bis 18. Juli noch viel empfindlicher als vorher auf die Seite der Sozialisten getreten seien. Die Sozialisten machten in den Petersburgern großen Eindruck. Kerenski ist abgesetzt. Nach der Moskauer

len zu den Sozialisten hätten sie den Sozialrevolutionären und Menschewiki bereits viele Mandate abgenommen.

Auf der anderen Seite berichtet die „Auslands-Wradowa“, daß auf einer industriellen Tagung der Moskauer Großunternehmer Kjabuschynski die Lage des Reiches folgendermaßen geschildert habe: „Bei uns herrscht eine Bande politischer Scharlatane (Stürmischer Beifall). Die Führer der Sozialisten führen das Volk der Vernichtung entgegen, und das ganze russische Reich steht am Rande des Abgrundes. Die russische Erde stöhnt in den Umarmungen der Genossen, aber bald wird das Volk sie durchschauen und ihnen zurufen: Betrüger! (Stürmischer Beifall).“

Die wachsende Erbitterung auf beiden Seiten sieht nicht danach aus, als ob auf die Dauer die Koalition der Unternehmer und Arbeiterfreie in der Regierung halten werde.

England.

Gerards Erzählungen.

Der frühere Reichskanzler, Herr v. Bethmann-Hollweg, gewährte dem Vertreter der „Associated Press“ am 30. v. M. eine Unterredung, in welcher er sich zu dem Teil der Gerards-Erzählungen äußerte, der sich auf sein Gespräch mit dem früheren amerikanischen Botschafter über die deutschen Kriegsziele im Januar d. Js. bezieht. Herr v. Bethmann-Hollweg erklärte unter dem Eindruck zu stehen, daß Gerards bei seinen Erzählungen seiner Phantasie doch etwas weit die Fesseln gelassen hätten. „In seiner Wiederergabe unserer Unterredung“, so sagt er, „hat Herr Gerards mit Neuzeugungen in den Mund gelegt, die zwar sonst in Deutschland gemacht worden sein mögen und auf die er bei unserem Gespräch wiederholt Bezug nahm, die aber nicht die wesentlichen sind. Dies gilt vornehmlich von meinen angeblichen Äußerungen über die Wünsche Deutschlands auf Dattich, Danzig und die belgischen Küsten und Eisenbahnen sowie auf eine militärische und wirtschaftliche Kontrolle des Landes. Solche Kriegsziele Deutschlands habe ich Herrn Gerards nicht entwickelt, vielmehr bei allen Gelegenheiten und so auch bei unserem Gespräch Ende Januar, stets auf meine Reichstagsreden hingewiesen, in denen ich erklärte, Deutschland werde politisch Garantien dafür fordern, daß belgisches Gebiet und belgische Politik in Zukunft nicht zu föhndiger Bedrohung Deutschlands ausgenutzt werden dürften. Ich habe mich bezüglich der Art dieser Garantie nicht geäußert. Im Verlaufe dieses Teiles der Unterredung hob Herr Gerards hervor, daß eine Verwirklichung der weitgehenden Ziele, wie sie gewisse deutsche Kreise bezüglich Belgiens erstreben, schließlich König Albert nur eine Scheinmacht lassen würde und ob wir nicht besser statt dessen darauf ausgehen sollten, Dattich zu annektieren, das sei nach seiner Ansicht ersichtlicher. Vielleicht hat er diese Äußerung getan, um eine Antwort von mir zu provozieren, wenn dies der Fall gewesen ist, so ist der Versuch jedenfalls mißlungen. In allen meinen diesbezüglichen Unterhaltungen mit dem Botschafter habe ich mich vielmehr darauf beschränkt, auf meine in der Öffentlichkeit gethanen Äußerungen hinzuweisen, in welchen ich betont habe, daß ich einen Gebirgsantrieb, der Deutschland ein fremdbestimmtes Lebensunterleben mit Belgien ermöglicht und fördert, das Gedächtnis scheint Herrn Gerards auch nicht recht geben zu haben, als er das niederrief, was wir über Rußland gesprochen haben. Er behandelte Deutschlands Kriegsziele nach Osten nur oberflächlich und bemerkte, Amerikas Interesse daran sei gering, dort würden wir wohl freie Hand haben. Auch für Rumänien und Serbien zeigte er vornehmlich nur wenig Sympathien. Er hat auch über diese Länder keine der Beschränkungen, die er mir in den Mund legt.“

Beginnt in England die Einsicht?

In der Londoner Wochenchrift „World“ schreibt der bekannte Politiker de Wend-Fenton: „Während die Deutschen noch Belgien beherrschen, sich auf französische Gebiete beschränken, den Osten weit, bis fast nach Bagdad dominieren, Polen besitzen und an einem halben Dutzend Stellen in Rußland hineinzuweichen drohen, ist es unmöglich zu erklären, England sei einem vollständigen und übermächtigen Siege in absehbarer Nähe gerückt. Wir mögen hoffen und nach dem Siege jubeln, aber wie die Dinge gegenwärtig stehen, gleichen wir Engländer einem Kinde, das den Nord haben will. Sir Douglas Haigs letzte Offensive hat bislang den Weg der vorangegangenen genommen. Wir haben wieder keine Fortschritte gemacht, entlegene Gegenstände aushalten müssen, wieder Grund verloren und wiedergewonnen, und sind vielleicht noch allem ein paar hundert Ellen auf Kosten einer Verlorenheit von vielen tausend Mann vorwärts gekommen. Zweifellos haben wir auch dem Feinde lästige Verluste zugefügt, aber bislang zeigt er keine Zeichen einer wirklichen Flucht. Bei dem gegenwärtigen Durchschnit unseres Vorgehens können wir hoffen, die deutsche Armee um 1925 hinter den Rhein gedrängt zu haben, falls dann überhaupt noch Leute dort sind, um dieses Ringen fortzusetzen.“

Kann glaublich!

Nach einer Reitermeldung hat Handman in einem Anruf an die russische Sozialdemokratie sich in folgender, für einen Sozialisten beständiger Weise geäußert: „Auf friedliches Wohlergehen und Gedeihen der sozialistischen Entwicklung kann keine Hoffnung bestehen, solange Deutschland, der gefährlichste Feind, der die Menschheit bedroht, nicht geschlagen ist. Ich habe das Recht, Euch darauf hinzuweisen, daß die Arbeiter in Großbritannien bereits viel geopfert haben, um Euer großes Land davor zu bewahren, daß es durch den Feind verunreinigt wird. Abgesehen von den 20 Millionen Pfund Sterling, die unter Volk Eurer Lande vorgezogen hat, ist es sicher, daß bei einem Mangel an Munition, die in dem gegenwärtigen Kriege unerschöpflich ist, die Deutschen bereits in Petersburg, Moskau, Kiew und Odessa hätten kampfieren können. Die Mehrheit der russischen Sozialisten mit uns Sozialisten des Westens auf, die deutschen Sozialdemokraten, die Euch und uns verraten haben, und seit Beginn des Krieges die höchsten Interessen der Menschlichkeit schänden, in Stockholm zu treffen. Besteht irgendein Grund, um uns zu verbrüderern? Deutschlands Verzicht trotz allem, wie es vor und während des Krieges getan hat, die Sozialisten zum Ratzen zu halten.“

Wenn die deutsche Sozialdemokratie mit allen Kräften an dem Inkassobekommen der Sozialistischer Konferenz arbeitet, dann nicht etwa, um sich mit Handman zu verbrüderern, — darauf verzichtet sie dankend —, sondern in der Hoffnung, daß diese Konferenz mit dazu beiträgt, der Menschheit den langverheißenen Frieden zu bringen. Das sollte eigentlich auch Handman endlich begreifen haben.

Italien.

Austritt dreier Minister.

Die Minister Dianda, Campa und Raineri sind zurückgetreten. Hiervon ergibt sich ein Bild völliger Verwirrung des Ministeriums, das sich mit einem Male einer höchst fatalen Lage gegenüber sieht. Der Rücktritt des als gemäßigt und verhältnismäßig bekannten Ministers des Innern Orlando bedeutet den Sieg der Kriegselemente,

die seit Monaten an seinem Sturze arbeiteten. Orlando war, der allzu großen Toleranz gegenüber den sogenannten inneren Feinden beschuldigt und als „Freund Deutschlands“ verschrien, weil er als Gelehrter ein Freund der deutschen Wissenschaft war und geblieben ist. Ihm wird es zur Last gelegt, daß sich die weitesten Kreise des Volkes vom Kriege immer mehr abwenden. Der Ackerbauminister Raineri und Lebensmittelminister Campa haben sich ihrer Aufgabe, die Nahrungsmittel zu beschaffen, in keiner Weise gewachsen gezeigt. Wie sich die Dinge entwickeln werden, ist nicht voraussagen. Wahrscheinlich wird das Ministerium des Innern (das maßgebende Ministerium in Italien) unter dem Druck der Entente und der Kriegselemente einem sogenannten „Starken Mann“ übergeben werden, als der in erster Linie Bissolatti oder einer seiner Anhänger in Betracht käme. Damit würde dann Italien wohl einer neuen Periode der Versollungen gegen die gemäßigten und neutralistischen Parteien entgegengehen.

Das italienische Kriegsernährungsamt.

In Italien häufen sich die Klagen über ungenügende Versorgung mit Brot. Nachdem in den letzten zwei Wochen Turin und Mailand unter starkem Brotmangel gelitten hatten, ist jetzt die Reihe an einer Anzahl liguurischer Städte, so teils z. B. San Remo mit, daß es nur noch ein Fünftel seiner Bevölkerung versorgen könne. Diese Notstände haben natürlich zur Folge, daß das italienische Kriegsernährungsamt, welches soeben in das neu erorbene Hotel Eden in Rom umgezogen ist, eine sehr schlechte Presse hat. So schreibt „Popolo d'Italia“, das gewiß nicht gern etwas sagt, wodurch die Kriegsbegeisterung leiden könnte:

„Erstreckt eigentlich bei uns in Italien ein Ernährungsministerium? Formel ja! Es gibt in der Tat den Titel Ernährungsminister, er selber heißt Giuseppe Canopa, wohnt im Hotel Eden, hat dort auch viele Beamte, Diener, Portiers, ein offizielles Nachrichtenblatt, einen Kreditfonds usw. ... Eden, wohin der ehrenwerte Herr Canopa das Amt überführt hat, ist in der biblischen Sprache „ein Ort reinsten Genusses“; aber Italien ist bei der Nahrungsmittelpolitik kein Garten Eden. Canopa gab in der Zeit Nachrichten heraus, er läßt sich auch manchmal hören, um uns zu versichern, daß es uns an nichts fehlt, und über die dem widersprechenden Vorgänge in den großen Städten und auf dem Lande heurnruhigt er sich weiter nicht. Wir haben Ende August, kaum zwei Monate nach der Ernte, und wir befinden uns schon mitten in einer Brotkrise. Es war doch Getreide genug da. Wo ist es hingekommen? Die Nahrungsmittelpolitik wurde schon von dem früheren Ackerbauminister schlecht geleitet, wurde aber von Canopa so verschimmelt und ist jetzt so desorganisiert, daß man das Schlimmste befürchten muß.“

Diese Klagen heimseln uns ordentlich an. Es geht eben den Hungerrern nicht mehr besser als den Ausgehungertern.

Der Seefrieg.

Das Gefecht an der jütischen Küste.

Ein deutscher Marineoffizier teilt „Ringkloppings-Amtsavis“ mit: Wir lagen nachts bei List und morgens gingen wir nordwärts. Um 6.15 Uhr entdeckten wir plötzlich überlegene englische Seestreitkräfte im Süden, Westen und Norden, die einen Halbkreis um uns bildeten. Wir versuchten, ihnen zu entkommen. Als sie aber den Halbkreis einengten, und es klar war, daß wir ihnen nicht entgehen konnten, gingen alle vier Schiffe mit Vollampf gegen die dänische Küste. Wir legten voraus, daß die englischen Schiffe die Befehle einhalten würden, wenn sie sähen, daß die Schiffe an der Küste gerundet seien. Das geschah nicht. Die Beschießung wurde fortgesetzt. Alle Schiffe wurden unter der Wasserlinie getroffen, ehe sie strandeten. Als die Engländer nach der Strandung die Beschießung fortsetzten, mußten wir die Schiffe verlassen. Erst als die Engländer sahen, daß wir an der Küste eintrafen, stellten sie das Feuer ein und dampften nordwärts. Obersteiger A Lieber ertrank beim Versuch ans Land zu schwimmen. Kein Deutscher wurde getötet. Zwei Leichtverwundete wurden nach dem Krankenhaus in Ringklopping gebracht. Die deutschen Matrosen, 98 an der Zahl, befinden sich in Bjerregaardstrand, außerdem noch 10 Soldaten von einem Boot, das die deutschen Torpedojäger vormittags an die Strandungswelle landeten, wo es kenterte. Alle werden morgen nach Ringklopping geführt. Der Strand ist in drei Kilometer Breite mit Brandstücken und Schiffsgerät überfüllt. Kurz nach der Strandung entlief auf dem Minenjäger „Heinrich Bruns“ Feuer. Um 7 Uhr explodierte die Pulverkammer. Die vier Schiffe stecken 50 Meter vom Lande fest. Die Wellen schlagen fortwährend über die Schiffe.

Der Berichterstatter der „Politiken“ in Ringklopping meldet noch, daß zwei Unterseeboote an dem Seefechtel beteiligt waren, sowie zwei Flugzeuge. Die deutschen Seefleute glauben, daß die Engländer über 1500 Granaten abfeuerten. „Politiken“ meldet weiter aus Vönsbjerg: 16 englische Kriegsschiffe, darunter drei von den größten Schlachtschiffen, passierten hier gestern (Sonntag) früh einige Minuten vor acht. Das Geschwader ging bis eine Seemeile nördlich des Leuchtturms und nahm Kurs direkt westwärts. Die deutschen Flugzeuge verfolgten das englische Geschwader.

Nur zwei hauptstädtische Blätter äußern sich zu der rüchichtslosen Verletzung der dänischen Neutralität durch die Engländer. „Politiken“ schreibt: Die Geschosse bei Holmsland zeigten uns, wie nahe das Unwetter ist. Der Schaden der hierbei verursacht wurde, ist sehr gering. Bevor nicht der amtliche Bericht der dänischen Behörden vorliegt, kennt man zwar nicht alle Einzelheiten, die vorgegangen sind, aber man greift kaum dem Ausfall der Untersuchung vor, wenn man schon jetzt feststellt, daß Neutralitätsverletzungen, die nicht ungetadelt bleiben können, stattgefunden. Sobald der Umfang aufgedeckt sein wird, ist es selbstverständlich, daß bei den betreffenden Regierungen Proteste eingereicht werden. Falls man die Bestimmungen des Völkerrechts erfüllt, hätte der Kampf aufgehört sollen in dem Augenblick, wo eine der beiden Parteien das neutrale Gebiet betrat. „National Tidende“ schreibt: Nach alledem, was vorliegt, kann kein Zweifel darüber herrschen, daß die britischen Kriegsschiffe bei dem Ereignis in Bjerregaard entgegen eine höchst bedauerliche Neutralitätsverletzung begingen. Selbstverständlich wird die dänische Regierung sofort einen ernsten Protest in London gegen den Uebertreiff einreichen.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Die Stockholmer Konferenz vertagt.

Da die Beratungen auf der Londoner Konferenz der Allierten keine unmittelbare Lösung der Pazfrage erwarten lassen, hat das Konferenzzomitee beschlossen, die Stockholmer Konferenz nicht am 9. September einzuberufen, sondern ein neues Datum anzusetzen, das nach der Rückkehr der für Stockholm gewählten russischen Delegierten festgestellt und bekanntgegeben werden soll.

Freie Fahrt nach Stockholm.

Nach Stockholmer Meldungen haben die Delegierten Serbiens für die Stockholmer Konferenz Kapitänewitsch und Kap-

leromisch die Erlaubnis erhalten, durch Österreich und Deutschland zu fahren; sie sollen während der Fahrt von einem Geheimagenten beaufsichtigt werden.

Konflikt zwischen der Schweiz und Amerika.

Ueber Kopenhagen wird gemeldet: Das amerikanische Staatsdepartement verlangte von der schweizerischen Regierung Aufklärung über die Veranlassung und Durchführung der Hausung, die kürzlich von der schweizerischen Staatspolizei in den Räumen der in Bern erscheinenden „Freien Zeitung“ vorgenommen wurde, die sich als deutsch-republikanisch bezeichnet und der Gruppe des Autors des Buches „Daccase“ nahesteht. Amerika hält sich zu einer derartigen Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Schweiz berechtigt, weil durch die Behinderung der „Freien Zeitung“ die Schweiz der deutschen Politik nütze und der Ententepolitik schade.

Was geht in Lissabon vor?

Reuter meldet aus Lissabon vom 2. September: Alle Post- und Telegraphenbeamten wurden mobilisiert. Sie müssen den Dienst unter der Leitung des Kriegsministeriums fortsetzen. Lissabon war am Sonntag telegraphisch isoliert.

Die Stimmung der amerikanischen Arbeiterschaft.

Das Züricher „Volksrecht“ vom 21. August bringt folgendes Schreiben eines Sozialisten, der aus Amerika zu den Verhandlungen nach Stockholm gekommen ist: „Die europäischen Genossen, die mit der amerikanischen Arbeiterbewegung wenig vertraut sind, werden sich wahrscheinlich gewundert haben über die Mitteilung von pers. des Vorsitzenden der American Federation of Labour, er wolle an den Friedensverhandlungen in Stockholm nicht teilnehmen. Glücklicherweise — und das möchten wir unseren europäischen Genossen vor allem klar machen — sind nicht alle Arbeiter mit Samuel Gompers einverstanden, sogar auch jene, die zu der von ihm geleiteten American Federation of Labour gehören. Es gibt in dieser Gewerkschaftsorganisation Arbeiter genug, die seine Politik nicht billigen und mit den Sozialdemokraten und anderen proletarischen Organisationen, wie die „Industrial Workers of the World“ und mit der „International Brotherhood“, viel weiter in ihren Forderungen gehen als Herr Gompers. Er begnügt sich damit, daß er „ausgiebigen Lohn für gute Arbeit“ verlangt, während die klugen Arbeiter die Abschaffung des Privateigentums und der Lohnwirtschaft verlangen. Ebenso ist es in bezug auf den Krieg. Herr Gompers ist wohl für die Abschaffung des Militarismus ... in Preußen, er ist aber ein der Stützen Wilsons und da ist es selbstverständlich, daß er auf den Stockholmer Friedensverhandlungen nichts zu suchen hat; aber daß viele Arbeiter und die Sozialdemokraten gegen den Krieg sind, erblickt schon aus dem Umfange, daß Hunderte von ihnen bereits in Gefängnissen sind und in den allerletzten Tagen unser Genosse Little getötet wurde für seine Friedenspropaganda: — Gompers hat sicher ebensowenig wie Wilson auf einer Friedenskonferenz etwas zu suchen. Beide würden, wenn die Wahrheit nur im amerikanischen Volke durchdringen könnte, auch dort nicht lange mehr allzuviel zu sagen haben.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Urlaub der Soldaten.

Der Reichstagsabgeordnete Gen. Davidsohn hatte unlängst auf Grund an ihn gelangter Beschwerden an den Kriegsminister eine Anfrage gerichtet, welche die Berechtigung der Fronturlauben zur Benutzung von Schnellzügen, ferner die Anwendung der Urlaubsentziehung als Disziplinarstrafe zum Gegenstand hatte. Hierauf ist ihm folgende Antwort zuteil geworden:

Die Bestimmungen über die Benutzung von Schnellzügen durch beurlaubte Militärpersonen sind mit den Eisenbahn-Betriebsbestimmungen vereinbart und in dem Erlass vom 28. 12. 16 (M. B. Bl. Seite 586) zusammengefaßt. Einschränkende Bestimmungen sind weder ergangen noch beabsichtigt. Der Herr Minister der öffentlichen Arbeiten hat im Gegenteil die Eisenbahndienststellen angewiesen, zur Benutzung der Militär-Urlauber Schnellzüge auch solche Militärpersonen zuzulassen, deren Urlaubs- oder Fahrtscheine den Vermerk, daß Schnellzüge benutzt werden dürfen, nicht tragen.

Als Disziplinarstrafen dürfen Urlaubsbeschränkungen nicht verhängt werden.

Der Urlaub erteilende Vorgesetzte hat aber das Recht, den Zeitpunkt des Urlaubs festzusetzen und, wenn er es für notwendig erachtet, ihn zu verlegen. Die Berechtigung, den Urlaub eines Mannes hinauszuschieben, wenn er infolge schlechter Führung und Beitretung einer Beurlaubung zurzeit nicht würdig ist, kann daher dem Vorgesetzten nicht abgesprochen werden.

gez. v. Wriesberg.
Wir beschränken uns darauf, den Bescheid des Kriegsministeriums hier im Wortlaut wiederzugeben.

Die Entlassung Gröners.

Das „Berliner Tageblatt“ ist in der Lage, die bereits mitgeteilte Darstellung des Abg. Scheidemann zu bestätigen. Das Blatt ist im Besitz eines mit Gröners Zustimmung unter den Arbeitern der Rüstungsindustrie verbreiteten Fragebogens, der einen ausgesprochen sozialpolitischen Charakter hat und 25 Fragen enthält. Unter anderem werden die Arbeiter da nach folgendem gefragt:

Wieviele Stunden arbeiten Sie täglich? — Arbeiten Sie im Akkord oder Stundenlohn? — Haben Sie Interesse an Ihrer Arbeit, und gebeten Sie, auch nach dem Kriege in der Fabrik zu bleiben? — Wie denken Sie über Ihre Zukunft, insbesondere über Ihre Beschäftigung nach dem Kriege? — Hat sich Ihre Lebenshaltung infolge erhöhten Einkommens erheblich gebessert? — Sind in Ihrem Betriebe Fabrikpfliegerinnen und hat sich dadurch Ihre Lage gebessert? Welche Vorschläge hätten Sie in dieser Richtung zu machen? — Sind Sie für kürzere Arbeitszeit und warum? — Glauben Sie, in kürzerer Zeit denselben Lohn verdienen zu können, und welche Arbeitszeit würden Sie vorschlagen? — Können Sie weitere Vorschläge machen, wie es zu ermöglichen wäre, bei kürzerer Arbeitszeit daselbe Quantum Arbeit zu leisten?

In einem besonderen Hinweis wird es den Arbeitern in dem Fragebogen zur Ehrenpflicht gemacht, ihn zu beantworten. Die Antwort, die die Arbeitgeber in der Rüstungsindustrie Herrn Gröner auf diese Fragen gegeben haben, ist, so bemerkt das „B. L.“ ganz richtig, seine Befreiung gewesen.

Albdeutscher Militärstreit.

Professor Rothe, in Friedenszeiten bekannter Festredner im Verein deutscher Studenten, schreibt dem „Berl. Lokal-Anzeiger“ aus dem Felde:

„Als nun neulich — wir waren gerade auf einem längeren Marsch — die ersten Nachrichten von der inneren Krise zu uns drangen, da kam es so wie Besessung über uns, ja, wir meinten,

Der amtliche Kriegsbericht.

Custangriffe auf englische u. französische Plätze. 150 Geschütze bei Riga erbeutet.

WAB. Großes Hauptquartier, 4. Septbr. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht:

In Flandern war nachmittags die Kampftätigkeit der Artillerien an der Küste und zwischen Langemarck und Warneton zu großer Heftigkeit gesteigert. Im Bogen von Ypern entspannen sich kleine Kämpfe im Vorfeld unserer Stellungen. Dabei wurden einige Engländer gefangen genommen.

Nachts griff der Feind nordwestlich von Ypern an. Er drang vorübergehend in unsere Linien, aus denen er sofort durch Gegenstoß vertrieben wurde.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz:

In der Champagne stießen die Franzosen an der Straße Somme = Hy = Souain nach Tronville vor. Unser Gegenangriff warf sie aus einem von uns geräumten Graben wieder hinaus.

Der Feuerkampf vor Verdun nahm abends wieder große Stärke an. Auch die Nacht hindurch lagen die Artillerien auf dem Ostufer der Maas im Wirkungsfeuer.

Front des Generalfeldmarshalls Herzog Albrecht von Württemberg.

Westlich der Mosel wurden durch gewaltsame Erkundungen bei Remenauville französische Gefangene eingebracht.

In der Nacht vom 2. zum 3. September bewarfen unsere Flieger Calais und Düünkirchen mit Bomben. Die entstandenen Brände waren tagsüber zu beobachten. Dover wurde gestört, Chatham, Sheerness und Ramsgate wurden heute nacht durch unsere Flugzeuge mit Bomben angegriffen. Gestern sind 19 feindliche Flieger und 2 Fesselballons abgejagt worden.

Mittmeister Freiherr von Richthofen errang den 61. Luftsieg. Der vor kurzen wegen seiner Kampfeinstellungen vom Bismarck zum Offizier beförderte Leutnant Müller brachte den 27. Gegner zum Absturz.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Heeresfront des Prinzen Leopold von Bayern.

Nach zweitägiger Schlacht hat die 8. Armee unter Führung des Generals der Infanterie von Hutier gestern das an mehreren Stellen brennende Riga vom Westen und Südosten her genommen. Unsere kampfbewährten Truppen brachen überall den russischen Widerstand und überwandern im ungehinderten Drang nach vorwärts jedes Hindernis des Wald- und Sumpfbodens.

Der Ruffe hat seinen ausgebeuteten Brüdern westlich der Dina und Riga in größter Eile geräumt. Unsere Divisionen stehen vor Dünamünde.

Dichte ungeordnete Heerhaufen drängen sich in Tag- und Nachtmärschen auf allen Wegen von Riga nach Nordosten.

Südlich der großen Straße nach Wenden zu beiden Seiten des Gr. Taegel-Baches werfen sich in verzweifelten blutigen Angriffen starke russische Kräfte unseren Truppen entgegen, um den Abzug der geschlagenen 12. Armee zu decken. Im erbitterten Kampfe erlagen sie unserem Sturm. Die große Straße ist an mehreren Stellen von unsern Divisionen erreicht.

Einige tausend Russen sind gefangen, mehr als 150 Geschütze und zahlreiches Kampfergerät erbeutet.

Die Schlacht bei Riga ist ein neues Ruhmesblatt der deutschen Armee.

Front des Generalobersten Erzherzog Josef:

Südöstlich von Czernowit entziffen österreichisch-ungarische Regimenter den Russen eine zäh verteidigte Höhenstellung.

Zwischen Sereth und Moldawa dauert die lebhafteste Gejagttätigkeit an.

Heeresgruppe des Generalfeldmarshalls von Mackensen.

Bei Muncelu, nordwestlich von Focsani, scheiterten mehrere russisch-rumänische Angriffe verlustreich.

Mazedonische Front.

Die Truppen der feindlichen Mächte wiederholten ihre Angriffe gestern nicht.

Der Erste Generalquartiermeister: Hindenburg.

ten, daß uns die daheim in den Rücken fielen. Alles war zunächst ganz verflört, einer suchte beim andern Trost, dann aber packte uns eine namenlose Mut gegen jene Krisenpolitiker, und wir wünschten sie mal 24 Stunden in unsere Stellung im Lensbogen oder am Chemin-des-Dames. Ich persönlich war außer mir, und es gab Stunden, wo ich mir sagte: Wenn unsere Kämpfer so zu Hause sich tummeln — zur Freude unserer Feinde — dann mag meinewegen alles kaputt gehen, für ein so neuorientiertes Deutschland schlage ich mich nicht mehr.“

Glücklicherweise kam alsbald die bekannte Professoren-erklärung gegen den Beschluß des Reichstags, die „wie Balsam wirkte“, und so hob der alldeutsche Professor den innerlich bereits beschlossenen Militärstreit wieder auf. Merkwürdige Patrioten, das! Einmal geben sie zu verstehen, sie würden keine Kriegsanleihe zeichnen, wenn nicht alles nach ihrem Willen ginge, das nächstemal spielen sie mit dem Gedanken der militärischen Dienstverweigerung. Wo ist da noch der Unterschied zwischen einem Alldutschen und einem Bolschewik? Ja, ja, die Extreme berühren sich!

Nus Lübed und den Nachbargebieten.

Diensdag, 4. September.

Darlehnskasse für Kriegsbeschädigte.

Wir stehen offenbar auf dem Höhepunkt des Krieges und dürfen nurmehr auf ein baldiges Ende des großen Völkerringens hoffen. Daher sind auch in der Wohlfahrtspflege die Gedanken schon vielfach auf die Uebergangszeit vom Kriege zum Frieden, auf die Zeit des Wiederaufbaues unserer Kriegswirtschaft gerichtet; insbesondere werden Maßnahmen vorbereitet, die dem durch den Krieg vielfach hart mitgenommenen Mittelstand eine wirtschaftliche Genugung und Erholung ermöglichen sollen. Zu diesem Zwecke sind in verschiedenen preussischen Provinzen, in Sachsen, wie auch in mehreren süddeutschen Staaten Darlehnskassen ins Leben gerufen, die den Angehörigen des Mittelstandes und des Arbeiterstandes geeignetenfalls Darlehen zur wirtschaftlichen Genugung gewähren sollen. Auch in Lübed ist diese Aufgabe sozialer Fürsorge bereits praktisch in Angriff genommen. Von der Handelskammer ist eine „Kriegshilfskasse der Kaufmannschaft“ ins Leben gerufen mit der Bestimmung, in Not geratenen Kriegsteilnehmern, die dem selbständigen Kaufmannstande des süddeutschen Staatsgebietes angehören, wirtschaftlichen Rat und Hilfe zu gemähren zwecks Erhaltung oder Wiederherstellung ihrer kaufmännischen Selbständigkeit. Bei der Gewerbestammer ist gleichfalls eine Kriegshilfskasse in der Bildung begriffen, die die Fürsorge für die durch den Krieg geschädigten Handwerker übernimmt. In Ergänzung zu diesen beiden Kassen hat der Senat im Einvernehmen mit dem Bürgerausschuß jüngst die Schaffung einer Darlehnskasse für Kriegsbeschädigte beschlossen, die den Kreis helfen soll, die durch jene beiden anderen Kassen nicht erfaßt werden. In Betracht kommen hierfür vor allem Kaufleute, welche

nicht Kriegsteilnehmer sind, Säfer, Hausierer, Tröbler, Markthändler usw., welche nicht zu den Kaufleuten zu rechnen sind, oder Personen, welche solchen Beruf nur als Nebenerwerb betreiben, ferner Gastwirte, Angehörige freier Berufe, unfähigkeitsbedingte Angehörige des Kaufmanns- und Gewerbestandes, Hausbesitzer, welche weder Kaufleute noch Gewerbetreibende sind, und Vermieter und Pensioninhaber.

Mit der Einrichtung der Darlehnskasse ist das Stadt- und Landamt beauftragt, das zu diesem Zweck einen Verwaltungsausschuß eingesetzt hat. Dielem Ausschusse gehören an: der Vorsitzende des Stadt- und Landamtes, Senator Dr. Niemann, als Vorsitzender, Rat Dr. Lind als stellvertretender Vorsitzender und Geschäftsführer, Zimmermeister Glasow als Vertreter des Ausschusses für Kriegshilfe, Prokurist Ambrosius als Vertreter des Lübeder Landesausschusses für Kriegsvorteile, Fabrikant Claasen als Vertreter der Abt. 4 des Roten Kreuzes, Arbeitersekretär Hoff und Kaufmann Eduard Jürgens. Die Aufgabe dieser Darlehnskasse ist die Gewährung von Darlehen zum Zwecke der wirtschaftlichen Genugung an die durch den Krieg geschädigten und kreditbedürftigen Personen in Lübed, die nicht von den Hilfsstellen der Kaufmannschaft und der Gewerbestammer Hilfe zu erwarten haben. Die Mittel der Kasse bestehen in einem Betrage von zunächst 30 000 Mk., dem der Senat im Einvernehmen mit dem Bürgerausschuß dem Stadt- und Landamt zur Verfügung gestellt hat. Die Bewilligung von Darlehen ist in den Geschäftsjahren der Darlehnskasse verknüpflich von 10—12 Uhr in der Geschäftsstelle, Parade 1, zu Protokoll zu beantragen. Anträge können aber auch schriftlich eingereicht werden. Vor der Entscheidung über den Darlehnsantrag soll in der Regel eine Prüfung durch Sachverständige oder durch die Berufsvertretung des Standes, dem der Antragsteller angehört, erfolgen. Der Kredit soll grundsätzlich nur gegen die ortsübliche Verzinsung, deren Zinssatz jedoch 5 Proz. für das Jahr nicht übersteigen soll, erfolgen. Darlehen werden nur gegen ausreichende Sicherheit gewährt. Bietet der Kriegsteilnehmer durch seine bisherige Wirtschaft- und Lebensführung Gewähr dafür, daß er auch ohne besondere Sicherheitsleistung seinen Verpflichtungen nachkommen wird, so darf der Kredit ausnahmsweise auch ohne besondere Sicherheit gewährt werden. Darlehnsucher, denen die Erlangung des erforderlichen Kredits auf andere Weise möglich ist, sind, wenn nicht besondere Umstände bestehen, an die zuständigen Banken oder Kreditinstitute zu verweisen, wobei die Kriegshilfskasse vermittelnd wirken kann. Die Abtragung der von der Darlehnskasse gewährten Darlehen soll spätestens zwei Jahre nach Ausbruch des Kriegeszustandes beginnen und soll spätestens 10 Jahre nach Ausbruch des Krieges erledigt sein. Der Kredit soll im Einzelfall den Betrag von 1500 Mk. nicht übersteigen, kann aber in besonderen Fällen bis zu 3000 Mk. erwidert werden.

Die Darlehnskasse für Kriegsbeschädigte dürfte zunächst nur in Ausnahmefällen in Anspruch genommen werden, da ihr Zweck die wirtschaftliche Genugung der durch den Krieg geschädigten Personen ist, eine wirtschaftliche Genugung von Dauer aber in der Regel erst zu erhoffen sein wird, wenn wir nach Beendigung des Krieges vor unseren Verhältnissen stehen. Es ist aber in hohem Maße erfreulich, daß die Organisationen zur Durchführung der Kreditfürsorge für die Kriegsbeschädigten in Lübed durchgeführt sind und daß sie ihre praktische Tätigkeit aufnehmen können, sobald das Bedürfnis hierfür zutage tritt.

Die Sorge um das nötige Schuhzeug wird im Hinblick auf die Unbilden der kommenden rauhen Jahreszeit besonders in kinderreichen Familien immer größer. Die Auswahl in Schuhen und Stiefeln wird stets geringer und für Leute mit Füßen von normaler Größe ist es zeitweilig gar nicht möglich passendes Schuhwerk zu erhalten, selbst wenn man den dafür geforderten Preis bezahlen will. Und die Preise für manchen recht minderwertige Ware haben eine geradezu enorme Höhe erreicht. Doch nicht nur für neue Sachen muß das Mehrfache des Friedenspreises angelegt werden, auch die Reparaturen sind außerordentlich teuer. Da drängt sich dem unglücklichen Menschen, der für seine Beschuhung so tief in die Tasche greifen muß, wohl oft unwillkürlich die Frage auf, wer die Schuld an diesen Verhältnissen trägt. Es ist ja eine bekannte Tatsache, daß die großen Lederfabriken sehr erhebliche Kriegsgewinne gemacht haben und der Gedanke liegt nahe, daß ihrer Preispolitik die hohen Preise für Schuhwaren in erster Linie zuzuschreiben ist. Das empfinden sie auch wohl selbst und deshalb hat der Zentralverein der deutschen Lederindustrie dem „Berliner Tageblatt“ folgendes geschrieben: „Allgemein ist die Ansicht verbreitet, als ob die hohen Preise, die wir für Schuhe und Schuhreparaturen zu zahlen haben, auf übermäßig hohe Lederpreise zurückzuführen seien. Die Auffassung ist unzutreffend. Die Lederpreise stehen in Deutschland weit hinter denen der anderen Länder zurück. Bei genauer Berechnung ergibt sich auch, daß das gesamte Leder (Ober- und Unterleder) für ein Paar Schuhe (für Erwachsene) nur um 4 bis 5 Mark teurer geworden ist, als es im Frieden war, wobei die Preisverhältnisse aus der Zeit unmittelbar vor dem Kriege und die jetzigen Höchstpreise zugrunde gelegt sind. Da für Herren- und Damenschuhe mittlerer Preislage im Frieden 12,50 bis 16,50 Mark für das Paar bezahlt worden sind, während heute 40 bis 50 Mark angelegt werden müssen, so muß jedem einleuchten, daß das Leder zum allergeringsten Teile die Preisserhöhung verursacht hat. Bei Schuhreparaturen bezieht sich der Lederverbrauch für Sohlen und Insohlen für das Paar auf etwa 2,50 bis 3 Mark. Der Unterschied ist hier gegenüber der Friedenszeit 1,25 bis 1,75 Mark für das Paar Schuhe für Erwachsene. Bei den Reparaturen bildet die Lederpreishöhung also ebenfalls nur einen kleinen Teil der für Reparaturen zu zahlenden Preisaufschläge.“

Dazu bemerkt das „B. L.“: Bleibt somit die Frage: Wer ist an der Verteuerung der Schuhwaren und Schuhreparaturen schuld?

Verkauf und Erwerb gebrauchter Wäsche verboten! Die Reichsbedienstetelle sieht sich genötigt zu einem sofort in Kraft tretenden Verbot des Verkaufs und des Erwerbs gebrauchter Tisch-, Haus- und Bettwäsche sowie der Verarbeitung solcher Wäsche, falls mit dem Verkauf, dem Erwerb oder der Verarbeitung ein Gewinn erzielt werden soll. Sie begründet dieses neue Verbot damit, daß ein schamlosster Handel mit gebrauchter Wäsche getrieben wird und daß trotz starken Mangels an Wäsche wertvolle Wäschestücke zerstört werden, um sie als Futur für Korsetts, für Schuhwerk usw. zu verwenden. Das Verbot erstreckt sich nicht auf Wäsche, die nur aus Papiergarn hergestellt ist. Erlaubt ist die Verarbeitung für eigenen Gebrauch oder für den der Angehörigen, ferner die Veräußerung an Hilfswerkstätten der Gemeinden.

Petroleumkarten für Seimarbeiter und Minderbemittelte. Wie aus der heutigen Bekanntmachung des Polizeiamtes ersichtlich ist, gelangen demnächst die Petroleumkarten, in gleicher Weise wie im vorigen Jahre, an Seimarbeiter und minderbemittelte Einwohner des Lübedischen Staatsgebietes, denen Gas und elektrisches Licht nicht zur Verfügung steht, zur Ausgabe. Die Vordrucke für die Anträge auf Zuteilung von Petroleumkarten müssen in den Tagen vom 6. bis 8. September bei den Händlern abgeholt werden, bei denen das Petroleum später entnommen werden soll. Die Petroleumkarten werden gegen Abgabe der ausgefüllten Vordrucke in der Geschäftsstelle Mengstraße 6, erster Stock (Markthalleingang) in den Tagen vom 10. bis 15. September ausgegeben. Das Nähere ist aus der Bekanntmachung des Polizeiamtes ersichtlich.

Der Schulunterricht wurde heute in sämtlichen Lübeder Schulen ausgesetzt wegen der Besetzung Rigas durch die deutschen Truppen.

Die Allgem. Ortskrankenkasse in Lübed hatte am 1. Sept. 1917 31 539 Mitglieder, darunter 118 Mitglieder von Erbschaften, deren Rechte ruhen, gegen 30 681 im Jahre 1916. Auf Männer entfielen davon 16 529 (1916: 17 170), auf Frauen 15 060 (1916: 13 511). Erwerbsunfähig krank waren am letzten August Männer 451 (1916: 473) und Frauen 533 (1916: 510). Auswärtige für Familienangehörige zur Inanspruchnahme ärztlicher Behandlung wurden im August 1917 (1916: 2045) erteilt. Sterbegeld wurde im August für Mitglieder in 24 Fällen

für Angehörige in 81 Fällen gezahlt. ...

Gesunde Sachen. Im Monat August ds. J. sind beim Polizeiamt als gesunde eingeliefert, bezw. angezeigt und nicht wieder abgefordert worden: Mehrere Portemonnaies, mit verschiedenem Inhalt, sowie ein Brustbeutel mit kleinem Geldbetrag, ebenfalls löse Geldbeträge und eine Kiste mit Geld, 1 Armband, 1 silb. Erinnerungsring, mehrere Damen-Armbänder-Uhren, verschiedene Broschen, 1 Medaillon, 1 Trauring, 1 Photograph, Apparat, 1 Brille, 1 Kneifer, 1 silb. Rocknadel, 1 Federnstern, Schürze, 1 Markttasche, 1 Umschlagstuch, 1 Damengürtel, 1 Saft mit Röllchen und 1 Paket mit Schraubenbolzen.

In den Kriegsküchen wurden im August 92 002 Portionen Essen abgegeben. Der tägliche Durchschnitt betrug für Mittagessen an 81 Tagen 2008, für Abendkost an 27 Tagen 1104, zusammen 3110 Portionen.

pb. Entwender Person. In der Nacht zum 3. ds. Mts. ist von einem Wagen unterhalb der Danforthstraße ein Person mit der Aufschrift „Blum u. Sohn, Baugeschäft Lübeck“ gestohlen worden.

pb. Diebstahl in einem Trödelgeschäft. Aus einem Trödelgeschäft in der Markesgrub sind in der Nacht zum Sonntag, dem 2. ds. Mts., zwei Jacket-Anzüge, zwei Paar schwarze Herren-Schuhstiefel, Größe 46 und 47, und zwei gebrauchte silberne Remontoir-Taschenuhren gestohlen worden.

pb. Zucker gestohlen. Ermittelt und festgenommen wurden drei hiesige Arbeiter, die einen in den Lortweg eines Gasthauses in der Mühlenstraße hingestellt gewesenen Sack Zucker gestohlen und den Zucker an mehrere Personen verkauft hatten.

pb. Festgenommen wurde der angebliche Schlächtergeselle Carl Behrendt, geboren am 26. September 1894 in Memel. Genannter hatte sich auf eins der im Stadtgraben liegenden Segelgeschäfte geschnitten, um dort zu übernachteten. In dem Besitz des Festgenommenen, dessen Identität in Frage gestellt werden muß, wurden einige Quittungen über abgeliefertes Metall bei der Metallabgabe-

stelle des Postamtes gefunden. Nach diesen hatte der Festgenommene u. a. eine Schiffslocke und diverse Messingteile verkauft. Offenbar rühret die abgegebenen Gegenstände von Diebstählen her, die aber nicht zur Anzeige gelangt sind.

Neumünster. Tödlicher Unglücksfall auf der Eisenbahn. Der Eisenbahnschaffner Bohmann aus Altona geriet auf Güterbahnhof Neumünster in der Nacht zum Sonntag beim Rangieren zwischen die Buffer von zwei Güterwagen. Dabei trug der Verunglückte so starke Quetschungen davon, daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 3. September. (Amtlich.) Im Nermel-Kanal, an der englischen Westküste und in der Nordsee wurden durch unsere U-Boote wiederum 5 Dampfer und 1 Segler versenkt, darunter der bewaffnete englische Dampfer „Palatine“, Ladung 3000 Tonnen Kohlen, sowie drei weitere bewaffnete Dampfer, von denen zwei als englische ausgemacht wurden.

Ein tiefbeladener Dampfer wurde aus Geleitzug herausgeschossen.

Der Kapitän des bewaffneten englischen Dampfers „Palatine“ wurde gefangen genommen.

Eine englische U-Bootfalle in Gestalt eines etwa 2000 Tonnen großen Dampfers, die mit 4 verkappten Geschützen armiert war, wurde durch drei Artillerietreffer beschädigt.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Genf, 3. September. Siebzehn Mitglieder der Londoner Sozialistenkonferenz, darunter sechs Engländer, sechs Franzosen, je zwei Italiener und Belgier und ein Grieche, durchweg aus den ven-

Senderion und Renandel geführten Parteien der Regierungsozialisten, unterzeichneten eine in der „Humanität“ veröffentlichte Erklärung, die im wesentlichen auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker abzielt und die Rückertatung aller von den Mittelmächten besetzten Gebiete, einschließlich Elsass-Lothringens, als Grundbedingung jeder Friedensabhandlung hinstellt. Die Erklärung spricht sich mit der Versicherung, daß die Unterzeichner mit lebhaftem Bedauern von den Hindernissen Kenntnis genommen hätten, die von jenseitigen der Regierungen der internationalen Sozialistenkonferenz bereit worden seien, namentlich was die Passfrage betreffe. Die „Humanität“ fügt hinzu, daß vielleicht noch andere Sozialistenführer sich dieser Erklärung anschließen werden. Unter den französischen Unterzeichnern fehlen Namen wie Longuet, Miniral und Pressemann, welche bekanntlich eine freie Aussprache auf einer internationalen Konferenz mit Vertretern der Mittelmächte befürworteten. Die Vertreter Rußlands und der zwei großen englischen Arbeiterverbände, der unabhängigen Arbeiterpartei und der britischen Sozialistenpartei, einigten sich dahin, daß der Konferenzbeschluss vom Februar 1915, der im Widerspruch zu der Erklärung von Renandel, Senderion und Genossen steht, niemals hätte verlassen werden sollen.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling, Verleger: Th. Schwark, Druck: Friedr. Meyer & Co., Gänzlich in Lübeck.

Druckfachen jeder Art für Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volkshofs“, Johannisstr. 46

Bekanntmachung betreffend die Ausgabe von Petroleum an Heimarbeiter und Minderbemittelte.

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 1. Mai 1916 (Reichsanzeigerblatt S. 350) wird für die Petroleumausgabe im Winterhalbjahr 1917/18 verordnet:

Für Heimarbeiter und minderbemittelte Einwohner Lübecks, denen weder Gas noch Elektrizität zu Beleuchtungszwecken zur Verfügung steht, wird Petroleum auf Grund von Petroleumkarten ausgegeben. Die für die Karten-Ausgabe erlassenen Vorschriften sind genau zu beachten, insbesondere ist die geforderte Auskunft wahrheitsgemäß zu erteilen.

Wer die Auskunft unrichtig erteilt, oder wer sonst versucht, sich unter Umgehung der erlassenen Vorschriften in den Besitz von Petroleumkarten oder Petroleum, das dieser Verteilung unterliegt, zu setzen, wird auf Grund der oben erwähnten Bundesratsverordnung vom 1. Mai 1916 mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark oder mit Gefängnis bis zu 3 Monaten bestraft.

Lübeck, den 3. September 1917. (2484) Das Polizeiamt.

Bekanntmachung über die Abgabe des Petroleums an Heimarbeiter und Minderbemittelte.

Petroleumkarten werden nur ausgegeben an: a) im Lübeckischen Staatsgebiet wohnende Heimarbeiter, die an den ausgegebenen Vordruck (weiße Karten) erklären, daß sie in ihrer Wohnung nicht mehr als 2 Gehilfen beschäftigen und daß sie das Petroleum nur für ihren eigenen Gebrauch verwenden werden.

Die Richtigkeit der Angaben über das Arbeitsverhältnis der Heimarbeiter muß von dem Arbeitgeber, die Richtigkeit der Angaben über das Fehlen von Gas und elektrischem Licht in der Wohnung von dem Hauswirt oder von dessen rechtmäßigem Vertreter im Vordruck bescheinigt werden.

b) an im Lübeckischen Staatsgebiet wohnhafte minderbemittelte Personen, die auf den dafür ausgegebenen Vordruck (rote Karten) erklären, daß in ihrer Wohnung weder Gas noch elektrisches Licht vorhanden ist und daß sie das Petroleum nur für ihren eigenen Gebrauch verwenden werden.

Wer eine Petroleumkarte beantragen will, hat sich in den Tagen vom 6. bis 5. September einen Vordruck (weiß für Heimarbeiter, rot für andere Antragsteller) bei einer der unten angegebenen Ausgabestellen abzuholen, ihn vorläufigmäßig anzufüllen und die Richtigkeit der Angaben vom Arbeitgeber und Hauswirt oder deren rechtmäßigem Vertreter bescheinigen zu lassen.

Die ausgefüllten Vordrucke müssen in der Wohnung Nr. 6 I, abgeholt werden, wofür dann sofort die Ausgabe der Petroleumkarten erfolgt und zwar:

Table with 2 columns: Name and Date/Time. A-D am Montag, dem 10. September; E-H Dienstag, 11.; J-M Mittwoch, 12.; N-R Donnerstag, 13.; S-U Freitag, 14.; V-Z Sonnabend, 15.

von 9-11 Uhr vormittags und 5-7 Uhr nachmittags.

Wieviel Petroleum auf jeden einzelnen Kartenschnitt verabfolgt wird, wird jeweils bekanntgegeben werden. Lübeck, den 3. September 1917. (2485) Das Polizeiamt.

- Ausgabestellen für Petroleum. Johs. Breede, Danforthstraße 37. Carl Grube, Woburnstraße 55. Emil Hass, Mühlenstraße 27. Franz Schwedt, Große Burgstraße 29. Ludwig Wiegels, Mühlenstraße 45. G. Bartels, Mühlenstraße 6a. G. Brockmann, Schloßstraße 5. Konsumverein, Mühlenstraße (auch für Heimarbeiter). Heinrich Schwartz, Glanitzstraße 25. Ludwig Stamer, Friedbergstraße 22. Th. Storm, Södemannstraße 11/13. Richard Haek, Mühlenstraße 36. Konsumverein, Mühlenstraße 5 (auch für Heimarbeiter). A. Bartels, Lindenstraße 42. Ferd. Dietz, Lindenstraße 35a. Konsumverein, Lortweg 11 (auch für Heimarbeiter). Wilhelm Fape, Hof der Woburnstraße 1c. Wilhelm Roeksien, Mühlenstraße 1c. Johs. Schwabroh, Mühlenstraße 33.

Bekanntmachung betreffend den Verkehr mit Eiern.

Auf Grund der vierten Verordnung betreffend den Verkehr mit Eiern vom 2. Juni 1917 wird hiermit angeordnet:

Der Abschnitt O VI des Lebensmittelbuches hat vom 5. September 1917 bis zum 15. September 1917 Gültigkeit. In dieser Zeit darf auf diesen Abschnitt nicht mehr als ein Ei abgegeben und entnommen werden.

Lübeck, den 4. September 1917. (2495) Das Polizeiamt.

Bekanntmachung. Abgabe von Spiritus-Bezugsmarken für Minderbemittelte Polizeiamt, Königstr. 69-71, für Gewerbetreibende im Kontor der Firma J. J. Struve, Breite Straße 95. 9491

Bekanntmachung. 2 graue Kanarienvögelchen, 1 1/2 und 1/2 Jahr alt, abzugeben. (2495) Kleine Muffelstraße 7, II.

Bekanntmachung. Darlehnskasse für Kriegsgeschädigte

beschlossen. Aufgabe der Kasse ist die Gewährung von Darlehen zum Zwecke der wirtschaftlichen Genugung an die durch den Krieg geschädigten und kreditbedürftigen Personen in Lübeck, die nicht von den Hilfsstellen der Kaufmannschaft und der Gewerbetreibenden Hilfe zu erwarten haben.

Die Verwaltung der Kasse wird bei dem Stadt- und Landamt, Abt. III, geführt. Für die Durchführung der Verwaltung ist ein Ausschuss gebildet, dem angehören:

- Senator Dr. Lienu, Vorsitzender des Stadt- und Landamtes, als Vorsitzender, Rat Dr. Link, Oberbeamter des Stadt- und Landamtes, als Stellv., Kassierer, als Kassier, als Vertreter des Ausschusses für Kriegshilfe, Arbeitersekretär Hoff und Kassierer Edward Jürgens.

Die Geschäftsstelle befindet sich Parade 1, Erdgeschoss. Geschäftst. von 10-12 Uhr.

Anträge auf Darlehensgewährung werden von der Geschäftsstelle schriftlich oder mündlich bei den bezeichneten Geschäftsstellen mündlich entgegen genommen.

Die Satzungen der Darlehenskasse liegen in der Geschäftsstelle zur Kenntnisnahme aus. Lübeck, im August 1917. (2497) Das Stadt- und Landamt. Mühlenstr. 11.

Zweckmäßiger Mann zur Bekleidung einer Zentralheizung gesucht. Angebot unter B K 41 an die Exped. (2497)

Laubursche angeht der Schule gesucht. (2498) Hoyt, Königstr. 38, p.

Ein wackser Terrierhund zu kaufen gesucht. (2492) Mühlenstr. 1, I

Zentralverband der Handlungsgehilfen Mitglieder-Versammlg. am Donnerstag, dem 6. Sept. abends 8 1/2 Uhr im Vereinslokal (G. Ehlers) Gültstraße 110.

Tages-Ordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder und Kassieren der Beiträge. 2. Bericht von der Interessengemeinschaft der Privatangestellten Lübecks. 3. Eingänge.

Der Vorstand. (2490) Johannesstraße 46.

Zeitschriften aller Art. Buchhlg. Friedr. Meyer & Co. Johannesstraße 46.

Visitenkarten liefert schnellstens Buchdr. Friedr. Meyer & Co. Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands. Mitglieder-Versammlg. am Mittwoch, dem 5. September abends 8 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus“, Johannesstraße 50-52.

Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Abrechnung vom 2. Quartal 1917. 3. Vortrag des Kollegen Radde über: Die Gewerkschaften während u. nach dem Kriege. 4. Sonstige Verbandsangelegenheiten. Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht (2494) Die Ortsverwaltung.

Hansa-Theater. Heute abend 8 Uhr: Zum letzten Male: Es ritten drei Reiter.

Hansa-Theater. Donnerstag, den 6. Septbr. abends 8 Uhr: Auf vielfachen Wunsch: Seit Mr. Altesa

Vorverkauf bei Sager, am Kohlmarkt, und an der Theaterkasse. (2488)

Stadthallen-Sommertheater Dienstag, den 4. Sept. 1917: Letztes Gastspiel v. Arno Hob: Flachsmann als Erzieher

Mittwoch, den 5. Sept. 1917: Kyritz-Pyritz. Donnerstag, 6. Sept. 1917: Auf Wunsch: Das Dreimäderlhaus. Anfang der Vorstellungen 8 Uhr.

Megendorfer-Blätter München 9 9 Zeitschrift für Humor und Kunst 9 Vierteljährlich 13 Nummern nur M. 3.- 9

Abonnement bei allen Buchhandlungen und Postämtern. Verlangen Sie eine Gratis-Probenummer vom Verlag, München, Theaterstr. 47

Kein Befucher der Stadt München

Es ist es verboten, die in den Räumen der Redaktion, Theaterstraße 47, befindliche, äußerst interessante Ausstellung von Originalzeichnungen der Megendorfer-Blätter zu besichtigen.

Ungültig gekauf. Eintritt für jedermann frei

Dr. Ed. David Mar. Wer trägt die Schuld am Kriege? Diese Frage hat Genosse Eduard David in einer vor dem Reichstag gehaltenen Friedensrede in Stockholm am 6. Juli 1917 gehalten. Diese Rede ist unter vorliegendem Titel in unserer Zeitschrift im Druck erschienen. Das dem Inhalt haben wir keine Veränderung anbringen können. Die Genossen als Beleg für die Richtigkeit der Behauptungen. Die Genossen als Beleg für die Richtigkeit der Behauptungen. Die Genossen als Beleg für die Richtigkeit der Behauptungen. Die Genossen als Beleg für die Richtigkeit der Behauptungen.

Man abonniert jederzeit auf das schönste und billigste Familien-Witzblatt. Megendorfer-Blätter. München 9 9 Zeitschrift für Humor und Kunst 9 Vierteljährlich 13 Nummern nur M. 3.- 9

Stadthallen-Sommertheater. Dienstag, den 4. Sept. 1917: Letztes Gastspiel v. Arno Hob: Flachsmann als Erzieher. Mittwoch, den 5. Sept. 1917: Kyritz-Pyritz. Donnerstag, 6. Sept. 1917: Auf Wunsch: Das Dreimäderlhaus. Anfang der Vorstellungen 8 Uhr.

Unangenehme Lügen.

Von Robert Schmidt.

Es gibt Leute, denen man nicht gram sein kann, wenn sie lügen; man weiß: sie lügen, sie tun es so harmlos, daß sie niemand schädigen wollen. Man pflegt in solchem Falle zu sagen, der Mensch lügt angenehm. Bedenklicher wird die Sache schon, wenn ein mit Geschick hantierender Mensch diese seine Eigenschaft dazu benützt, um auf Art und Weise den Eindruck zu machen, als ob ihn die lautersten und ehrlichsten Absichten leiteten und er nur das Interesse des Belogenen wahrnehmen wolle.

Von dieser Lüge enthält die Wilsonsche Note reichlich viel, und gleich hat sie ihre Leute eingefangen, auf die die Lüge berechnet war, wie ungefähr ein geschickter Geschäftsmann einen Wimpel einfängt, der noch immer mißtrauisch seinem Angebot gegenübersteht. Die große Lüge, die durch die Note geht, ist in der Hochachtung vor dem deutschen Volk verpackt, dem die ganze Betrachtung der deutschen Regierung gegenübersteht. In Verbindung damit das geschickte Blendwerk, als wenn nur die Demokratie Deutschland retten könnte, als wenn sie die einzige Sicherheit für den Friedensschluß gewährte, und die Wiederholung eines ähnlichen Krieges nur durch demokratische Garantien unmöglich gemacht würde.

Bürgerliche Demokraten mögen sich von diesen angenehmen Lügen schnell einfeilen lassen, für die Sozialdemokratie kann es eine solche Bewertung der Demokratie nicht geben. Die bürgerliche Demokratie, denn um diese handelt es sich heute in allen Staatsorganisationen, bietet ebensowenig eine Gewähr für einen dauernden Frieden als irgend ein autokratisches Regiment. Ob die Autokratie beherrscht wird von kapitalistischen Interessenten oder die Demokratie Vertreter kapitalistischer Interessentengruppen in der Regierung hat, ist in der Wirkung auf die imperialistischen Bestrebungen gleichgültig. Die Sozialdemokratie hat nie der Auffassung geglaubt, daß in den demokratischen Ländern die einzige Sicherheit für einen Weltfrieden geboten wäre. Sie weiß viel zu gut, daß die Ursachen der Kriege tiefer liegen als im Regierungssystem eines Landes.

Die Demokratie Englands hat es nicht verhindert, daß, um nur ein Beispiel anzuführen, die Burenrepublik im Jahre 1902 nach langen harten Kämpfen unterdrückt wurde. Noch weniger hat sie vermocht, die gewissenlose Ausbeutung des indischen Volkes aufzuhalten, weil in dieser englischen Demokratie das kapitalistische, imperialistische Streben die Herrschaft hat. Das gleiche Regiment hat Frankreich in den Krieg gegen Marokko geführt; wohl war in einem kleinen Teil der Bevölkerung eine starke Abneigung gegen diesen Krieg vorhanden, aber die Demokratie in Frankreich hat sich nicht darin stören lassen, diesen Krieg, der sehr schwere Opfer forderte, aus rein kapitalistischen Interessen bis zu Ende zu führen. Ganz zu schweigen von der Demokratie in Italien, die bei dem Feldzuge gegen Tripolis, der sicherlich keine unbedeutende militärische Aktion war, mit Hurra diese Expansionsbestrebungen der italienischen herrschenden Kapitalistenklasse unterstützte. Als 1912 die italienische Regierung das Annexionsdekret in der Kammer vorlegte, stimmten sogar von 21 Sozialisten nur 9 dagegen.

Nur diese wenigen Beispiele aus den letzten kriegerischen Aktionen der Demokratie in den „freien Ländern“ liefern den Beweis dafür, wie lächerlich die Vor- aussetzung ist, daß künftig durch demokratische Einrichtungen im kapitalistischen Staatsgebilde Kriege vermieden werden könnten. Was will ferner die Phrase sagen, es müsse der Geheimdiplomatie der Krieg erklärt werden, während die neue demokratische russische Regierung bis heute nicht dazu gekommen ist, auch nur ein diplomatisches geheimes Abkommen der Öffentlichkeit zu übergeben.

Der deutschen Sozialdemokratie ist es sehr ernst, um die Einführung politisch-demokratischer Institutionen in Deutschland. Sie wird alle ihre Kräfte dafür einsetzen, aber sie ist nicht so töricht, dieses System zu überschätzen; denn die Einführung könnte nachher in der Bevölkerung sehr herbe wer-

den. Für die Partei ist die wirtschaftliche Struktur des Staatsgebildes das Entscheidende, demokratische Einrichtungen allein können die Hoffnung nicht erfüllen, die notwendige gar viele in friedensstöße Stimmung wiegt.

So entschieden vom sozialdemokratischen Standpunkte eine internationale Vereinbarung gefordert wird, die durch Schiedsgerichtsverfahren Kriege verhindert; für so dringend notwendig wir es erachten, daß eine Abrüstung in allen europäischen Militärländern nach dem Kriege durchgeführt wird, so politisch naiv wäre es, zu glauben, daß bei Erfüllung aller dieser Forderungen künftig alle Konflikte vermieden werden könnten. Auch in diesen überstaatlichen Gebilden, wie man es nennt, werden sich Gegensätze geltend machen, die unter Umständen wieder auf gewaltsame Lösung drängen. Wenn in diesen Staatsgebilden eine Gruppe sich dem Schiedspruch nicht fügt, werden die anderen zum Vorgehen ihrer Entscheidung zur Gewalt greifen müssen. Die Folge könnte (müßte aber nicht, Red.) sein, daß künftig bei jeder Auseinandersetzung ein Weltbrand entzündet würde.

Die Demokratie wird um so weniger ein Gewicht gegen kriegerische Verwicklungen bilden, solange man es, wie in Rußland und Italien, mit einer großen Zahl von Analphabeten zu tun hat, denen jede politische Orientierung und Aufklärung fehlt. Solche Massen lassen sich sehr leicht zu Trägern kapitalistischer Interessen mißbrauchen. Wenn es heute ernst ist um den Frieden, der kann sich durch die in allen gleichnerischen Farbenschilderungen wiederholt auch in den Erklärungen der Entente-Regierungen und ihrer Presse spielende, für das deutsche Volk angenehm klingende Lüge mit der deutschen Demokratie wäre ein Frieden zu schließen, nicht aber mit dem autokratischen Regiment, nicht irreführen lassen. Im gegnerischen Lager sollte man endlich aufhören, mit dieser schon ausgesprochenen Lüge weiter hausieren zu gehen. Glauben sich die Entente-Mächte stark genug, in einer überstaatlichen Organisation dem Frieden Sicherheit zu bieten, so sind die Bedingungen, die sie vor dem Eingehen auf Friedensverhandlungen geltend machen, unlogisch. Es müßte genügen die Zusage für Friedensverhandlungen, die Bereitwilligkeit, an einer internationalen Vereinbarung teilzunehmen, wie sie von der deutschen Regierung ausgesprochen ist, um dann mit dieser Organisation den angeblich Unzuverlässigen zu zwingen. In diesem Falle würde man an dem demokratisch gesinnten Deutschland einen starken Rückhalt haben, da es hier um die politische Auffassung gerade nicht zum Schlechtesten bestellt ist.

Deshalb klingt auch die Versicherung der Wilsonschen Note, daß man keine Repressalien gegen das deutsche Volk verüben wolle, als ein heuchlerisches Gerede, eine Lüge, die nur darauf berechnet ist, politische Wimpel einzufangen. Jede Fortsetzung des Krieges, die ernstgemeinte Vorschläge für den Frieden ablehnt, ist eine Repressalie gegen das deutsche Volk; anders können diese militärischen Machtmittel garnicht wirken. Wer etwas anderes behauptet, belügt und betrügt sein eigenes Volk. Und kein Volk bleibt von den Leiden des Krieges verschont.

Rußlands Machtmittel und Rußlands Politik.

Interessante Betrachtungen zum Moskauer Kongreß enthält der Leitartikel des Kopenhagener „Sozialdemokraten“ vom 30. August. Er geht von den Worten Kerenskis aus, daß Deutschland Rußlands unversöhnlicher Feind sei, der die Fortsetzung des Krieges wolle. Zugleich aber spreche Kerenski von den tatsächlich erfolgten deutschen Friedensangeboten an der Front und benutze gerade diese zum Beweise für Deutschlands angebliche Unversöhnlichkeit und die Notwendigkeit der Kriegsverlängerung. Das stimmt jedoch weder mit der Logik noch mit den Tatsachen überein. Die deutsche Regierung hat den Verständigungsfrieden an, und es wäre eine würdigere Aufgabe für das revolutionäre Rußland gewesen, hier anzuknüpfen, als sich zum Ende des Rufes nach Kriegsführung bei den Westmächten zu machen.

Die russische Regierung kündigte Anfang August an, sie wolle sich bemühen, noch im August eine Konferenz zur Revision der Kriegsziele einzuberufen. Aber der August ist nun zu Ende gegangen und noch verlaunt nichts davon; vielmehr wies Kerenski in Moskau jede Kritik der Alliierten und ihrer Kriegsziele zurück. Man darf trotzdem wohl nicht zweifeln, daß Kerenski seinen Friedenswillen bewahrt hat, aber er ist durch ein ansehnliches unfähiges Band mit der Auffassung verknüpft, den Frieden nur durch Krieg erlangen zu können. Sicherlich ist Rußland finanziell derartig an die Alliierten gebunden, daß es sich nur mit den stärksten Mitteln losreißen könnte. Aber andererseits hat Rußland dennoch Machtmittel, wenn es sie nur benutzen will. Tschibische deutete dies in der Forderung an, die Regierung müsse bei der Staatsanleihe energische Maßnahmen zu ihrer Zwangsverteilung treffen. Natürlich brauchte von allgemeiner Beschlagnahme des Vermögens und Grundbesitzes noch nicht die Rede zu sein. Ein gewisser Prozentsatz würde genügen, um Rußland zu befreien, und außerdem besitzt Rußland eine gewisse Kraft gerade wegen seiner Verschuldung. Die russische Drohung, die Schulden des Zarismus nicht anzuerkennen, würde eine Panik in der französischen Finanzwelt hervorrufen und weiter im französischen Publikum, das Milliarden in Rußlandwerten angelegt hat. Eine demokratische Friedensformel aufzustellen, die Alliierten zu ihrer Annahme zu veranlassen, die Finanzen ohne vollständige Abhängigkeit vom Ausland zu ordnen und das Heer zu reorganisieren — dann Deutschland zu fragen, ob es diese Friedensformel annähme und schließlich, wenn es sie zurückwies, den Krieg mit Kraft fortzuführen — so war das russische Revolutionsprogramm offenbar zuerst gedacht, und so hätte es sein sollen.

Aber es ist von zwei Seiten her abgebrochen worden: durch die Offensive vom 1. Juli, die ein so furchtbares Ende fand, und durch den unglücklichen Maximalistenaufruf, der die Schreufen der eingesperrten Geistesrevolution öffnete. Wenn jetzt die Kriegsführung bis zur völligen Vertreibung des Feindes vom russischen Boden unter Anwendung zartistischer Zwangsmaßnahmen proklamiert wird, werden viele Herzen in Angst vor der schönen und stolzen russischen Revolution zittern.

Der Fall Verweyen.

Vom Rhein wird uns geschrieben: Der heftige Kampf klerikaler Blätter gegen den Bonner Privatdozenten Dr. Verweyen, dessen „Fall“ auch im Reichstag zur Sprache kam und zu kleinen Anfragen führte, hat jetzt der „Kölnischen Volks-Ztg.“ und einigen Zentrumsblättern der Industriegebiete Belästigungsklagen eingebracht. Kommt es zur Verhandlung, dann stellt sich ein recht unerquickliches Exempel preußisch-deutscher Geinnungsfreiheit auf, an das noch einmal erinnert werden muß. Im Januar v. Js. hielt Dr. Verweyen vor einem kleinen Kreise von Angehörigen der Bonner Universität und ihren nahe liegenden Persönlichkeiten einen wissenschaftlichen Vortrag über „Weltkrieg und Jenseitsglauben“; man wußte in Bonn allgemein, daß Verweyen in religiöser Hinsicht auf einem völlig freiheitlichen Standpunkte steht, und niemand konnte darum von ihm ein inbrünstiges Bekenntnis zu alten Dogmenlehren erwarten. Er gab eine referierende Betrachtung über die verschiedenartigen Lösungen des Jenseitsproblems und unteruchte die geistigen und darum ewigen Werte, die auch diejenigen Menschen erheben können, die die Individual-Existenz in Diesseits für beschloffen anjahen. Dabei flocht er sachliche Bemerkungen über das Aufstehen religiöser Empfindungen im Kriege ein, bei denen „Wille und Herz dem Kopfe die Herrschaft streitig machen“, und gebrauchte dann diese Wendung: „Wer etwa den Eifelbewohnern die Unwahrheit eines solchen Glaubens verkünden wollte, würde tauben Ohren predigen und außerdem noch Gefahr laufen, gesteinigt zu werden.“ Soweit Verweyens Ausführungen polemische Form hatten, waren sie von wissenschaftlicher Vornehmheit.

Auf das Signal protestantischer Geistlicher in der liberalen „Bonner Zeitung“ setzte nun aber gegen Verweyen eine wüste Hege ein. Unter Führung der „Kölnischen Volks-Zeitung“ erschienen mehrere Artikel gegen den „Beschimpfer der Eifelbauern“; man warf ihm infamen Bürgerkriegsbruch vor und beunruhigte ihn, unter mancherlei Hinweis darauf, daß er Nichtkämpfer sei und die „waderen Söhne der Eifel“ im Heere beschimpft habe, bei dem Unversitätssektor; Drohreden flogen ihm, hinobers solche von Geistlichen, duhendweise ins Haus. Am 1. Februar wurde von Dr. Verweyen, wie die „Kölnische Volkszeitung“ zuerst mit einiger Gerungung melden konnte, plötzliche eingezogen und als Armierungssoldat nach dem Westen beordert, obwohl er unter einer Exzitation des rechten Armes leidet und vom Heeresdienst zurückgestellt worden war. Wieder-

Treue siegt.

Eine Geschichte von der See.

Von Edmund Hofer.

16. Fortsetzung.

„Ach du lieber Gott, Herr Oberförster, wenn Sie das tun wollen!“ brach sie nun wirklich schluchzend aus. „Bei den jungen Eichen werden sie schon stehen, es ist der sicherste Platz! Und wenn Sie's täten und vorbeiritten und den Jakob nur so recht richtig zum Menschen machten, was für ein Sünder er ist an Frau und Kind, und den anderen fortjagen — mein Lebenlang!“

„Ich werde sehen, was sich tun läßt,“ fiel er von neuem ein und nahm die Zügel auf. „Vor allem aber sage ich Ihnen,“ fuhr er mit strengem Ton und Ausdrucks fort, „daß Sie nicht so bespöttelnd von Ihrem Manne reden muß und auch kein solcher Halsstarrigkeit sein soll. Der Jakob ist ein vernünftiger und braver Mensch, und wenn man einem armen Teufel helfen will, so ist das keine Dummheit, sondern ein Christenwerk. Es ist schon mancher im Loch gefessen, weiß Sie wohl auch, der darum noch kein Verbrecher und böser Mensch war, und die Anjünbegünstigte, sagt Sie ja selber, ist nicht wahr. Also wahre Sie Ihren Mund. Und wenn's Nachforschungen gibt, verrate Sie Ihren Mann und den anderen nicht. Das wäre für Sie eine Sünde.“

Er nickte der Bestürzten kurz zu und ritt rasch über die Pflanzung der Dejnung des nächsten Waldsteiges entgegen, im stillen gewissermaßen selber über die Teilnahme vermindert, welche ihn, den ersten, besonnenen Mann für einen, im Grunde fast völlig Fremden auf so — sagen wir: ungewöhnliche, ja bedenkliche Wege hincinschickte.

Er war indessen noch nicht weiter gekommen als etwa bis zu der Weide, die an vergangenen Tage der Gesellschaft zum Spielplatz gedient hatte, da gab es schon einen neuen Luftzug. Auf dem Fußsteige, der durch das üppige Gras vom rechteckigen Waldrande herüberführte, kam ein großer, schlanker Mann daher gewandert. Er war in kurzem Zeuge, das heißt, er hatte die Jacke ausgezogen und sie leicht auf die Schulter gehängt, denn es fing an, hier im Walde sehr warm zu werden; aber bei der Eile, mit der er angesehentlich seinen Weg zurücklegte, war es ganz natürlich, daß ihm trotzdem tüchtig heiß geworden war. Er fuhr alle Augenblicke mit einem rotgeblümten Seidenschal über das Gesicht und bis unter die Nase zur Stirn hinauf, allein es nützte ihm nichts, denn der Schweiß war schneller und hartnäckiger als er, und dem abtrocknenden Tuche folgten sogleich wieder die glänzenden Tropfen und rollten von den Schläfen über die gebräunten Wangen herab. Als er den Reiter bemerkte, staute er sich ab. Allein es war nur ein sekundenlanges Zögern, dann setzte er den Fuß schon

wieder in dem gleichen Tempo vorwärts, einen Ausdruck der ruhigsten Gleichgültigkeit im Gesicht, und nach einer weiteren halben Minute wollte er grüßend, wie das in diesen Gegenden noch bis auf den heutigen Tag eine fremdländische Gewohnheit des Volkes ist, an dem anderen vorbeigehen.

Aber der Oberförster ließ das nicht zu. „Das ist ja wahrhaftig der Caspar Peers,“ rief er wie überrascht aus. „Haben Sie sich nach Jahren Etern umgesehen? Das ist brav, Caspar! Ich habe den alten Weber vorgefunden recht schwach gefunden, und er hatte ein großes Verlangen, Sie noch einmal zu sehen.“

Der Wanderer hatte Halt gemacht und, wie sich dies einem solchen „Herrn“ und obendrein einem Vorgesetzten des Vaters gegenüber von selbst verstand, den Worten desselben trotz all seiner disziplinären Eile mit Geduld und Respekt zugehört. Der Ausdruck in seinen Zügen veränderte sich indessen nicht, es zeigte sich keine Spur von irgend einer inneren, wärmeren Bewegung, und ebenso lang auch seine Stimme völlig gleichgültig, als er, indem er sich zugleich die Stirne abtrocknete, so hinjagte: „Ei ja, Herr Oberförster, es ist mir freilich hart abgegangen, aber was konnt's helfen? Wenn ich den Alten noch einmal sehen wollte, muß ich wohl dazu tun, denn ich höre es und ich es nun auch selber, daß es vielleicht bald zu Ende geht. Und mit der Mutter ist's leider Gottes nicht anders. Sie haben eben beide das Alter.“

Bensheim's Augen ruhten forschend auf dem Sprecher. „Es sind treue Menschen,“ meinte er endlich, aber nur voll ruhiger Teilnahme, gegen ihre Kinder und gegen sich selber. Sie lassen nicht von einander. Und nun sind Sie schon wieder auf dem Heimwege, Caspar? Das war ein kurzer Besuch!“

Caspar Peers zuckte die Achseln. „Das ist nun einmal nicht anders,“ verlegte er gleichmütig. „Das Geschäft geht streng und braucht mich. Und Frau und Kinder wollen mich auch lieber daheim haben. Also, wenn der Herr Oberförster nichts mehr zu befehlen haben —“

Bensheim schaute ihn noch einmal forschend an, bevor er leise lächelnd sagte: „Ich denke, Caspar, wir wollen beide das Kommodien spielen lassen. Wenn man Eile hat, geht man von Köln nach G. nicht über den Riedentamp, das weiß ich so gut wie Sie. Und da ich noch allerhand anderes weiß, denke ich mir, daß Sie ungefähr aus dem gleichen Grunde hierher kommen, wie ich — sollten Sie gestern unterwegs oder zu Kölns nichts von dem unglücklichen Menschen gehört haben, der in der Stadt ausbrach und sich hier auf dem Riedentamp versteckte? Und da er in Caspars Aug' und Miene durch alle hartnäckig bewährte Gleichgültigkeit dennoch etwas wie ein unbefriedigtes, sei es Entsetzen, sei es Mißtrauen hindurch sah, so fügte er ernst hinzu: „ich weiß das von Christine Köhl —“

Caspar schaute wie mit finsternem Erstaunen auf, und die ge-

bräunte Wangen wurde rot; es war gar nicht mehr das gleiche Gesicht. „Christine Köhl,“ wiederholte er. „Bei Ihnen?“

„Ja. Sie dient bei uns, und sogar schon seit sechs Jahren — wußten Sie's nicht? Sie kam gestern hier durch und traf mit Horst zusammen, kurz bevor der Gendarm Wehrenberg nach ihm suchte.“

Es schlug wie eine Flamme über Caspars Gesicht. „Wehrenberg? Gestern abend schon?“ rief er mit einer Art von Anrischen. „Und er hat ihn gefaßt?“

„Nein, das nicht. Aber ich dachte, Sie wüßten das und kämen —“

„Nein, das wußt' ich nicht! Ich fürchtete es nur für heute, und darum lief ich herüber!“ knirschte er von neuem.

„Wissen Sie denn auch nicht, daß Horst im Verdacht steht, gestern das Köhler'sche Pfarrhaus angezündet zu haben?“

Wir haben bisher in Caspars Gesicht nur entweder den Ausdruck der gleichgültigsten, schier ein wenig apathischen Ruhe, oder denjenigen einer bemerkenswerten Intelligenz und der wärmsten Teilnahme, und wir durften glauben, daß der letztere der natürlichere sei, während der erstere mehr bloß gelegentlich und aus einem ganz besonderen Grund als Maske vorgenommen wurde. Jetzt aber war wie mit einem Schlage ein dritter da, und es war nicht der wilde, alle Schranken überstürzende Grimm des rauhen Mannes aus dem Volk, sondern ein finsterner, drohender Zorn und zugleich eine tiefe Betrachtung, welche aus jedem Zuge, aus jedem Blick hervorbrach — eine Indignation, wie nur derjenige sie zeigt, der das ihm selber oder einem anderen geschehene Unrecht auch in seinem vollen Umfange versteht und würdigt.

„Hat das der Wehrenberg auch gefaßt? War's das, weshalb er ihm nach ist?“ sprach er nicht laut, aber desto drohender und seine Hände ballten sich. „O Herrgott, es ist schändlich, es ist schändlich! Von ihm wissen sie, daß es nicht wahr ist, und mich machen sie vor Dörfel zum Verräter und Verleumder! Das laß ich nicht auf mir sitzen, und soll's es mich das Leben kosten!“ Er wandte sich als ob er dem Hauje zu wollte.

„Umgedreht, umgedreht, Caspar!“ sagte Bensheim leise. „Hier durch die Weide und mir nach. Horst ist nicht hier, wie es scheint, und auch Jakob ist nicht daheim. Ich weiß indessen, wo wir wenigstens den letzteren finden werden. Unterwegs können wir weiter reden.“

Der Mann folgte der Weisung und schritt dem in Bewegung gefetzten Pferde nach, den Weg zurück, gegen den Waldrand zu, die finsternen Augen gefest und drohende Worte vor sich himmelmelnd, — bis der Oberförster, da sie schon zwischen den Bäumen waren, plötzlich sagte: „hier links!“ und zugleich sein Pferd in einen Steig lenkte, der durch die vorgehobenen dichten Büsche vollständig verborgen war. (Fortsetzung folgt.)

hofft interpellieren, unter anderen auch von Gehehen Stücken, hat die Heeresverwaltung versucht, die Einberufung Berwegens, der noch immer Soldat ist, als eine so harmlose wie ordnungsmäßige Sache hinzustellen. Einige unbestreitbare Tatsachen widerlegen aber diese Darstellung, und kommt es zu feiner Aufklärung im Reichstage so kann sie vielleicht in der Gerichtsverhandlung erfolgen. Das ganze Treiben gegen Berwegens zeigt den Geist einer niederziehenden Unduldsamkeit gegen freiheitliche religiöse Anschauungen, der durch den Krieg keinerlei Hemmungen erfahren hat.

Ernährungsfragen.

Neue Gefahren in der Kartoffelbewirtschaftung.

Dem „Berliner Tageblatt“ wird von unterrichteter Seite mitgeteilt: es werden in den Kreisen verschiedener Städte die neuerdings aufgetauchten Vorschläge wegen einer Veränderung der Kartoffelbewirtschaftung mit einer gewissen Besorgnis verfolgt. Das Blatt bemerkt hierzu: „Die Auflockerung der bestehenden öffentlichen Bewirtschaftung der Kartoffel würde für die Verbraucherbevölkerung in den Städten ernste Gefahren mit sich bringen. Wenn jetzt vorgeschlagen wird, es solle jeder Landwirt, nachdem er eine bestimmte, ihm auferlegte Menge Kartoffeln geliefert hat, über den Rest frei verfügen können, so ist offensichtlich, daß ein Antriebs nach der verkehrten Richtung gegeben wird, nämlich dahin, die minder haltbaren und überhaupt minder guten Kartoffeln vorweg zur Erfüllung der Zwangsaufgabe abzugeben und die besseren Kartoffeln zurückzubehalten. Daran würde selbst dann nichts geändert, wenn auch die später abgebbaren Kartoffeln einer Höchstpreisregelung unterworfen und etwa nur an bestimmten Stellen, z. B. an die Bedarfsverbände, lieferbar wären. Denn auf jeden Fall würde, sobald die öffentliche Bewirtschaftung aufgehört, wieder ein Wettlaufen der Städte untereinander einsetzen, das schließlich immer in dieser oder jener Form dem Erzeuger Vorteile bringt: deshalb würde es dem Erzeuger nützlich erscheinen, die guten Kartoffeln für diese zweite Periode zurückzubehalten. Noch größer ist die Gefahr, die darin liegt, daß bei dem Gesamtstand unserer Ernte niemand mit Bestimmtheit übersehen kann, ob wir nicht im Laufe des Jahres die Ernährung der Städte in weit größerem Maße als jetzt geplant, auf die Kartoffel legen müssen. Ist aber die Kartoffel erst einmal aus der öffentlichen Bewirtschaftung herausgelassen, so wird es kein Mittel geben, sie von neuem wirkungsvoll zu erfassen. Besonders die bei der Futtermittelherstellung dieses Jahres unerlässlich gewordene Formel, daß unser Viehstand den vorhandenen Futtermitteln anzupassen ist, würde jede Durchführbarkeit verlieren, wenn jetzt bald Kartoffeln in beliebigem Umfang veräußert werden dürfen.

Drüschprämien, Kartoffeln und Dr. Heim.

Dr. Heim rügt in seinem „Sapirischen Kurier“ die Höhe der Frühdrüschprämien von 3 Mk. und meint (jetzt nach der Ernte), daß 2 Mk. wohl auch genügt hätten. Von der Kartoffelernte sagt er, daß ein großer Teil der angekauften Ware überhaupt nicht als Frühkartoffel anzupreisen sei: es seien zu früh herausgenommene Spätkartoffeln, deren Ernte verzögert vorgekommen wurde, um sich die höheren Preise zu sichern. — Dr. Heim muß das ja wissen. Er sollte dann aber auch nachdrücklich zugunsten der Verbraucher auftreten, die man der Verhöhnung beschuldigt, wenn sie eine ähnliche Auffassung vertreten.

Die Milch von 37 Kühen für den eigenen Haushalt verbraucht.

In der „Erlanger Zeitung“ finden wir folgende Notiz: „Wegen zu geringer Ablieferung von Milch und Butter hatte sich der Domänenpächter Heinrich Behrens aus Jentkowitz (Ostpreußen) vor der Allensteiner Berufungskammer zu verantworten. Vom Schöffengericht Ostrode ist er zu einer Geldstrafe von 150 Mk. verurteilt worden. In der erneuten Verhandlung behauptete er, zu der Lieferung außerordentlich zu sein, weil die 37 Kühe, die er besitzt, nur jüvel Milch geben, als er für seinen Haushalt unbedingt bedürftig. Auch will er den russischen Kriegsgefangenen und den Wachleuten nur Vollmilch zum Genuß verabfolgt haben. Die Berufungskammer behauptet die Sache zu vertragen und die Akten der Staatsanwaltschaft zur weiteren Ermittlung zu überreichen.“

Wenn vorstehende Angaben den Tatsachen entsprechen, so wäre es äußerst bedauerlich, wenn dieser Mann ohne einen ganz gehörigen Denzettel davon käme. Die Milch von seinen 37 Kühen will er ganz für seinen Haushalt nötig gehabt haben. Ferner hat dieser Mann die russischen Kriegsgefangenen mit Vollmilch genährt, während in den deutschen Städten die deutschen Kinder nach einem Tropfen Vollmilch lehnen. Wahrscheinlich eine ungläubliche Handlungswelt! Wie würde es mit der Versorgung der deutschen Bevölkerung mit Milch und milchwirtschaftlichen Erzeugnissen bestellt sein, wenn alle deutschen Landwirte eine derartige Genügnung an den Tag legen? Die Behauptung, daß ein Landwirt, der 37 Kühe im Stalle stehen hat, bei einigem guten Willen nicht in der Lage sein sollte, der Allgemeinheit eine ansehnliche Menge Milch oder Butter zuzuführen, ist so unsinnig, daß sie einer Widerlegung überhaupt nicht bedarf.

Wirtschaftliches.

Aufreizende Gewinne. Als die Industrie ihre Betriebe auf die Kriegswirtschaft einstellte, erhielt sie für ihre Erzeugnisse Preise, die es ihr möglich machten, die neuen Einrichtungen innerhalb eines Jahres abzuzahlen. Mit der langen Dauer des Kriegs wurde nicht gerechnet. Der Krieg zog immer mehr in die Länge, die Preise aber blieben und ermöglichten den vom Krieg profitierenden Unternehmungen die Anschaffung ständig steigender Dividenden. Es sind ganz enorme Summen, die auf diese Weise zu Lasten des Reichs und der Steuerzahler gehen. So steigerte die Autofabrik Benz in Mannheim ihren Jahresgewinn von 4 1/2 Millionen Mark im Jahre 1912/13 auf 16 1/2 Millionen Mark im Jahre 1916/17. Wie bei Daimler sind Abschreibungen in ungeheurem Umfang vorgenommen und die Dividenden von Jahr zu Jahr erhöht worden.

Die Fabrik seiner Fleischwaren in Kulmbach, Sauermann, die ganz für Heeresbedarf arbeitet, hat 1915/16 bei einem Aktienkapital von einer Million Mark 72 524,9 Mark Reingewinn erzielt, das sind 7,3 Prozent des Kapitals. Ja Wirtschaft ist der Verdienst ein weit höherer, denn die ganzen Anlagen sind bis auf 3 Mk. abgeschrieben. Man hat auch an die Arbeiter gedacht und für Arbeiterwohlfahrtszwecke — 11 744 Mk. zur Verfügung gestellt.

Wie die Raffenfabriken profitieren, ist bekannt. Zu den Betrieben, die nicht wissen, was ein Krieg ist, gehört jedoch die Sodafabrik und Sodaabrik, die 1916 23 Millionen Mark Ueberschuß hatte. Das Stahlwerk Siedler in Witten hat nach Kapitalvermehrung (das Aktienkapital wurde verdoppelt) wieder 30 Prozent Dividende an ihre Aktionäre gezahlt.

Ein besonderes Kapitel ist das der Lastwagen. Die Leiter der Posten und gewerblichen Unternehmungen nehmen in zahlreichen Fällen Aufführungsreisen ein. Für diese Anfahrtskosten aber herrschen glänzende Zeiten. Bei Benz in Mannheim belaufen sich die Lastwagen um 1916 auf über 2 Millionen Mark, unter die fünf je 7 Direktoren und Aufsichtsräte teilen. Aktionäre und Kapitalmillionäre werden in dieser Zeit geboren. Auf der Gegenseite steht das große Volk mit kleiner Port, das mit der Verbilligung mächtig gedient ist. Das Geld, das dem Reich zugewandt wird, fließt ja in Handel. In die Hände der Posten, es für die Kapitalisten goldene Zeiten sind, und werden verschlungen. Die ganze ungeheure Last wird abgewälzt auf die Arbeiter, die unter den immer mehr steigenden Preisen leiden.

Die Selbständigkeits-Bestrebungen innerhalb Rußlands.

Welchen Umfang die Selbständigkeitsbestrebungen innerhalb des russischen Reiches zurzeit bereits angenommen haben, läßt unsere Kartenstizze deutlich erkennen. Es handelt sich hier selbstverständlich in erster Linie um die dem russischen Reich angegliederten Fremdvölker und es ist einleuchtend, daß die Bewegung namentlich die zuletzt dem russischen Reich angegliederten Stämme umfaßt. Hierzu gehören vor allem die aus dem Kriege mit Schweden gewonnenen Gebiete von Estland und Livland, sowie



Finland, das ja allerdings immer dem Namen nach in einem loyaleren Verhältnis zum russischen Reich gestanden hat. In zweiter Linie kommen die durch die Zertrümmerung Polens gewonnenen Landesteile in Frage, Litauen und die Ukraine und schließlich die ehemals türkischen Gebiete im Kaukasus. Hierzu kommen die Rebellen von Kronstadt und das Gouvernement von Kostroma, die sich ebenfalls gegen die provisorische Regierung erklärt haben. Es bleibt abzuwarten, ob diese Bestrebungen Erfolg haben werden. Zweifellos dürfte die Schaffung dieser Einzelstaaten den Zerfall des geschlossenen russischen Reiches bedeuten.

Buchfreiheit?

Der Deutsche Handelsstag beschwerte sich bitter darüber, daß die „nahezu uferlose Ausdehnung“, welche die Rechtsprechung dem Begriffe „Gegenstände des täglichen Bedarfs“ gegeben hat, eine Quelle ständigen Streites mit den Gerichten geworden sei. Die Preissteigerungsverordnung des Bundesrats bezieht sich nun zwar nur auf die Gegenstände des täglichen Bedarfs; aber es dürfte doch auch für den Deutschen Handelsstag selbstverständlich sein, daß sogar in normalen Zeiten Bücher jeder Art bekämpft und bestraft werden soll. Die jetzige Entrüstung scheint deshalb wenig geeignet, den Handel als ganzes in eine freundlichere Lage zu stellen.

Wohin fliehet man?

Ueber die Zusammenlegung der industriellen und gewerblichen Betriebe schreiben die immer gut unterrichteten Mitteilungen des Deutschen Landwirtschaftsrats: „Vielfach spielen dabei die Bestrebungen der Großindustrie zur Monopolisierung und Syndizierung hinein, die eine heftigste Liebe für das Wohl der kleinen Betriebe an den Tag legen; manche Kriegsorganisation ist aus dieser Herzensneigung heraus geboren, und die Schwäche der kleinen Gewerbe in finanzieller Hinsicht, ihre jegliche Materialabhängigkeit und der Menschenmangel machen ihnen die Verfolgung ihrer Ziele leichter. Die Landzigeleien erwehren sich nur mit großer Mühe der Umklammerung durch die Reichszigeleien, deren Hauptinteressen die großen gewerblichen Zigeleien und angeblich auch Betonfirmen sind.“

Hieraus ergibt sich, daß Erzeuger wie Verbraucher gemeinsam auf der Hut sein müssen. Die Betriebszusammenlegung als Kriegsnotwendigkeit muß in Kauf genommen werden. Sie muß aber unter allen Umständen eine vorübergehende und später wieder spurlos verschwindende Erscheinung bleiben, denn Monopolisierung, Syndizierung und Preistreiberei sind nahezu gleichbedeutend.

Aus dem Gerichtssaal.

Das Kaiserliche Eisenbahnunglück vor Gericht. Am Montag hatte sich vor der ersten Strafkammer des Berliner Landgerichts II der Streckenarbeiter Karl Krüger zu verantworten. Er war angeklagt, das Eisenbahnunglück, das am 11. November zwischen Rahnsdorf und Wilhelmshagen sich ereignete und bei dem 19 Streckenarbeiterinnen zermalmt und eine große Anzahl anderer Arbeiterinnen schwer verletzt wurden, fahrlässig verschuldet zu haben. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr 3 Monaten; das Gericht erkannte auf eine solche von einem Jahre.

Ein empfehlenswerter Beamter. Wegen Erpressung verurteilte die Oberberliner Strafkammer den Polizeierzantzen Scheite zu 2 Jahren 1 Monat Gefängnis. Er hatte einen reichen Kaufmännischen Fabrikanten, der schon jahrelang von Erpressern verfolgt wurde, zur Entrichtung von 37 000 Mark Schweigegeld für die Niederlegung der Anzeige angehalten.

Was in Österreich möglich ist. Ein Parteigänger des Abgeordneten Klopac hat in einem Privatbrief an einen Freund von dem Abgeordneten Klopac als von „unserem großen Gefangenen“ geredet. Dafür ist er des Verbrechens der Störung der öffentlichen Ruhe (§ 65) angeklagt worden: Straftat fünf Jahre schweren Kerkers! Die „Krieger Arbeiter-Zeitung“ bemerkt dazu: Zum Glück kam inzwischen die Amnestie, sonst wäre der Mann, wie man schon diese Militärstrafe kennt, selbstverständlich verurteilt worden; ohne ein paar Jahre schweren Kerkers wäre er nicht weggekommen. Dabei erwäge man, daß der Klopac damals gar nicht angeklagt, gelassen wurde, denn verurteilt nur! Erwäge lieber nichts, sonst kriegt man einen Retardfall....

Aus Nah und Fern.

Ein froher Kaufmann wurde auf dem Lehrter Bahnhof in Berlin verhaftet. An der Aufgehobenen für Fahrkarten verlangte er etwa 20 Jahre alter junger Mann von der Verkäuferin eine Fahrkarte. In dem Augenblick, als sie die Karte überreichen wollte, griff er durch das offene Fenster in die Kasse und raubte mehrere hundert Mark. Die Verkäuferin rief um Hilfe und es gelang, den Räuber festzunehmen. Bei seiner Vernehmung legte er sich einen falschen Namen bei.

Verstümmelt auf der Spree. Die 26jährige Wäinweide Wäinweide aus Berlin hatte mit einem polnischen Arbeiter eine Bootfahrt unternommen. Unterwegs wechselte das Paar die Plätze und fiel in die Spree. Ein Matrose und ein Gardegenadler zogen das Mädchen aus dem Wasser und riefen es ins Leben zurück. Der Begleiter konnte nur als Leiche geborgen werden.

Ein junges Ehepaar bei einer Kahnfahrt ertrunken. Aus Deutch-Krone wird gemeldet: Bei einer Kahnfahrt auf dem Sarebenke bei Tempelburg sind der Müller Otto Nöring und seine Frau, eine Tochter des Gemeindevorsethers Hinge, die erst einer Woche verheiratet war, ertrunken, da das Schiff plötzlich ein Leck erhielt und unterging.

Das Versandhaus des Portiers. Eine neue Form, größere Vorräte von markenspezifischen Lebensmitteln zu erlangen, hat der Portier und Fahrstuhlführer Joseph Heller in Berlin gewählt. Er mietete in der Dorfstraße 32a ein leeres Zimmer und stellte sich der Vermieterin als Kaufmann Otto Winter vor. Dann ließ er Briefbogen mit der Aufschrift „Versandhaus Otto Winter, Geschäftsgründung 1875“ drucken, auf denen auch ein erdichteter Fernsprechanruf, ein Bankkonto und natürlich auch eine Telegrammadresse angeführt waren. Nach dem Reichsadressbuch verschickte er dann an eine Anzahl ostpreussischer Landwirte Briefe, in denen er im Lauswege Kaffee gegen ländliche Produkte anbot. Hierbei bot er folgende Preise an: für geräucherten Schinken 15 Mark das Pfund, Räucherfleisch 12 Mark, Dauerwurst 10 Mk., Butter 10 Mark usw. Dafür erbot er sich, prima Brasil-Berl-Kaffee zu senden, den er gar nicht besaß. In Wahrheit war es ihm, so teilt das Kriegswuchteramt mit, nur darum zu tun, Lebensmittel zu erhalten, um damit Schleichhandel zu treiben. Die ostpreussischen Landwirte gingen aber auf diese Wucherangebote nicht ein, bis auf einen, der ihm 3 Pfund Butter schickte. Heller wurde durch Beamte des Kriegswuchteramtes verhaftet.

Brandstiftung durch eine Schwachsinige. Eine große Feuersbrunst wütete in dem Dorfe Alt-Kehfeld in Schlesien. Schon wiederholt hatte die schwachsinige Tochter des Bauerngutsbesizers Becker den Versuch gemacht, die Besetzung ihrer Eltern anzuzünden. Man sperrte sie in ein Zimmer ein. Während jedoch die Familienangehörigen mit Erntearbeiten beschäftigt waren, gelang es der Vierzigjährigen zu entkommen. Sie lief nach der großen Scheune ihres Vaters und steckte sie in Brand. Das Feuer verbreitete sich sehr rasch, griff auf die Nachbargrundstücke über und bald stand ein ganzer Gebäudeblock in lodernen Flammen. Der Feuerwehrrat war es nicht möglich, etwas zu retten.

Neue Verhaftungen in Würzburg. Vor einiger Zeit wurden in Würzburg, wie gemeldet, der Besitzer des Cafes Wittelsbach, Theodor Hagloch, wegen umfangreicher Leben im Mittelstiege bungen verhaftet. Wie von dort gemeldet wird, sind nun auch dessen drei Brüder, Moritz, Georg und Jakob Hagloch, verhaftet worden, außerdem ein Baron Lemkowitz. Drei große Lager wurden beschlagnahmt.

Wegen einiger Rüben ein Menschenleben erschlagen. Wir lesen im „Landarbeiter“: Die auf dem Gute Crumendorf (Kreis Jülich) beschäftigte Kriegerfrau Kolossa erkrankte eines Tages ihren elfjährigen Sohn, der ebenfalls auf dem Gute arbeitete, auf dem Nachhauwege etwas Gras als Schweinefutter mitzubringen. Da der Junge kein Gras fand, ging er in die Futterrüben des Besitzers, um sich hier etwas zu holen. Hierbei wurde er von dem Gutsbesitzer Bischof ertappt und jämmerlich verprügelt. Am Nachmittag desselben Tages, als die Frauen wieder zur Arbeit kamen, rühmte sich B. noch seiner Heldentat. B. sagte zu den Frauen, daß der Junge wohl nicht zur Arbeit kommen würde, weil er es ihm in der Mittagsstunde beim Rübenstechen tüchtig gegeben habe. Als B. aber hörte, daß der Junge schwer krank unter ärztlicher Behandlung im Bette lag, scheint ihn die Reue gepackt zu haben. Bischof sandte der Mutter eine Flasche Wein. Auch ging er selbst hin und wollte der Mutter 20 Mk. geben, was aber abgelehnt wurde. Darauf kam die Frau Gutsbesitzerin und legte die 20 Mk. auf den Tisch und hat, man möchte es nicht an zeigen. Nach drei Tagen starb leider der schwer mißhandelte Junge. Nach Angabe des Arztes an Magenkrankheit. Es wurde aber Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet, die Leiche nochmals ausgegraben und untersucht. Nach einer Notiz in den „Jülichauer Nachrichten“ lautete der Befund: Schwere körperliche Mißhandlung mit nachfolgendem Tode. Auf den Ausgang der Gerichtsverhandlungen darf man gespannt sein. Der Begriff „vermeintliche Notwehr“, der so oft als Entschuldigungsgrund bei derartigen Taten angewandt wird, kann wohl hier nicht als Entschuldigungsgrund für einen derartigen Rohheitsakt dienen.

Schuhsohlen aus — Speckschwarten. Daß man auch Speckschwarten zu Schuhsohlen verarbeiten kann, haben die Kriegsschuhwerke in Cleve bewiesen. Unter fachkundiger Leitung wurde dem Publikum gezeigt, wie man an Schuhen Reparaturen vornimmt und wie man sich selbst Schuhe aus alten Tuch, Linoleum, Holz- und sonstigen Resten herstellen kann. In einer Ausstellung der in den Kurien von den Teilnehmern angefertigten Schuhe sind tatsächlich auch mit Speckschwarten besohlte Schuhe zu sehen, die sich sehr gut tragen sollen. Nur dürfte die Speckschwarte heute ausgabe ein ebenso zarter Artikel sein, wie das Leder.

Eigentümliches Ende einer Hamsterfahrt. Aus einem Abteil des D-Zuges Köln-Berlin fiel dieser Tage kurz hinter dem Orte Borta ein ansehnlicher Handkoffer heraus, der beim Aufschlagen auf den Erdboden entzwei ging. Es fielen zwei Speckschwarten, sechs große Edamer Käse und mehrere Dosen mit Butter heraus. Auf Meldung des Zupferlokals fuhr eine Dackel Lokomotive an die Stelle all dieser Herrlichkeiten, die noch unberührt dalagen und nach Winden gebracht wurden, wo sie als „Fundstück“ lagern. Da sich der Eigentümer Bergreißlicherweises nicht gemeldet hat, sollen die Lederbissen der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden. Böse Jungen wollen wissen, daß in dem Zuge gerade eine Nachprüfung auf Lebensmittel vorgenommen wurde, als der „Unfall“ sich ereignete, und man vermutet, daß eben jene Prüfung die Ursache des trüben Ausgangs dieser Hamsterfahrt wurde.

Ein Kulturbildchen aus dem Bayerischen Wald. Unter dieser Ueberschrift berichtet, wie wir der „Leipziger Lehrerzeitung“ entnehmen, die „Würzburger Volkstribüne“, daß im Ort Neureichenau „die sonst so braven Waldbauern“ ihre Lehrerin aus hungern wollen. Das Fräulein hat täglich 150 Kinder zu unterrichten und bekommt im ganzen Ort kein Mittagessen mehr. Sie hat es „mit dem Lehrer und allmächtigen Gemeindevorsteher“ gelegentlich eines Prozesses erdortoben. Auf das Betreiben dieses Herrn hin weigern sich außer den beiden Wirten alle Leute im Orte, die Lehrerin gegen Geld und gute Worte zu beschäftigen. Das Bezirksamt Wollensstein hat durch Ermahnungen Wandel zu schaffen versucht, aber es war bisher vergebens. — Netze Kollegialität!

Bürgertafel.

Als lächelnde Staatsbürger sind angenommen und verewidigt:

Strassenbahnwagenführer Hmann. Kellner Bartels. Damenreiferer Bantim. Träger Busse. Lokomotivführer Böttner. Musiker Bug. Expedient Davids. Arbeiter Dohnstein. Bierfahrer Dohrendorf. Postsekretär Dreßbach. Arbeiter Drenkhahn. Kaufmännischer Agent Drögenmüller. Schornsteinfegergehilfe Granz. Bauausseher Groth. Direktor Haeßler. Strassenbahnwagenführer Herrmann. Bureauhilfe Junge. Fuhrmann Kohf. Arbeiter Krause. Musiker Langhinsichs. Kellner Leander. Kellner Lindemann. Arbeiter Lühde. Lademeister a. D. Möller. Arbeiter Petermann. Kupferschmiedegehilfe Reh. Arbeiter Richarz. Kaufmann Ruwoldt. Schuhmachergehilfe Saut. Bureauhilfe Sievers. Arbeiter Tiedemann. Vorarbeiter Tiedke. Lehrer Weber. Kofferträger Wilms.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.